

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
 der Freien Stadt Danzig
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
 Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 8-gelappte Zeile 2.— Mk., von auswärts 10.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-gelappte Anzeigenzeile 25.— Mk., von auswärts 30.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3990.

Nr. 199

Freitag, den 25. August 1922

13. Jahrgang

Bürgerliche Teuerungskomödie.

Das Danziger Stadttheater ist augenblicklich noch geschlossen. Da aber die bürgerlichen Parteien ansehend der Meinung sind, daß die große Masse des Publikums immer etwas Theater vorgepielt haben will, so vollführten sie gestern im Volkstag eine große Komödie mit pompösester Ausstattung. Alle bürgerlichen Parteien kennen die ungeheure Erregung in den Arbeiter-, Angestellten-, Beamten- und Kleinbürgerkreisen über den skandalösen Wucher. Und da diese Parteien mit der kleinen Anzahl der Agrarier, Industriellen und Großkaufleute die Wahltschlacht nicht schlagen können, so gaben sie sich gestern im Volkstag als die geborenen Feinde des Wuchertums. Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion hatte bekanntlich Gesetzentwürfe gegen den Wucher mit Zucker sowie Milch und Milchprodukten und Fleisch eingebracht. Nach der trefflichen Begründung der sozialdemokratischen Vorlagen durch den Genossen Krzywicki marschierten die Vertreter der bürgerlichen Parteien auf und überboten sich mit den kräftigsten Worten in der Beurteilung des Wuchertums. Abg. Henke von der Deutschen Partei mußte der sozialdemokratischen Fraktion Anerkennung zollen, daß sie in der Frage die Initiative ergriffen habe. Der Vertreter der internationalen Fraktion, die sich sonst zum Hüter des Privateigentums aufwirft, erklärte sich für die Beschlagnahme des Zuckers. Aber die ganzen radikalen Reden waren nur für die bürgerlichen Tribünenbesucher bestimmt. Das ging schon daraus hervor, daß man während der Beratungen im Plenum noch schnell ein Notgesetz über die Zuckerverwirksamung einbrachte, trotzdem bereits ein sehr vortrefflicher Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion vorlag. Man wollte der Öffentlichkeit vormachen, daß die bürgerlichen Parteien in dieser Frage nicht untätig gewesen seien.

Eine eigenartige Rolle spielte der Senatsvertreter Jewelowski. Der Senat habe sich zwar schon seit längerer Zeit mit den Fragen beschäftigt. Wegen den Zuckermacher aber habe er nicht einschreiten können, da er nach der Verfassung den Händlern den Selbstkostenpreis hätte bezahlen müssen. Diese Erklärung ist nur eine faule Ausrede und zeigt, daß der bürgerliche Senat gar nicht in der Lage ist, volkswirtschaftliche Dinge richtig zu beurteilen. Selbst wenn die Beschlagnahme noch vor einigen Wochen erfolgt wäre, so hätte der Senat den Zucker für einen heute verhältnismäßig erträglichen Preis erstehen können. Aber der bürgerliche Senat wollte damals eben nicht wirksame Maßnahmen gegen den Zuckermacher ergreifen, weil ja alle bürgerlichen Parteien in der freien Wirtschaft das Heil sehen. Das Heil allerdings nur für ihre maßgebenden Parteipersonlichkeiten, die in der freien Wirtschaft die Möglichkeit zur schrankenlosen Bereicherung sehen. Auch die sonstigen Ausführungen zeigten den Senator Jewelowski nicht gerade als eine volkswirtschaftliche Leuchte. Er meinte nämlich, daß der Zucker „wider Erwarten im Preise gestiegen sei“. Das „wider Erwarten“ trifft wohl kaum auf die Produzenten und Händler zu, da diese sich sonst nicht des Zuckers als eines lohnenden Spekulationsobjektes bemächtigt hätten. Und die Sozialdemokratie hat seitnerzeit immer wieder darauf hingewiesen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine ungeheure Teuerung nach sich ziehen wird. Dagegen erklärten die Vertreter der bürgerlichen Parteien, daß gerade der freie Zuckerhandel für reichlichen und billigen Zucker sorgen würde.

Die mit so tönenden Worten von den bürgerlichen Parteien eingeleitete Aktion gegen den Wucher endete mit einer argen Mißgeburt. Alle bürgerlichen Parteien dachten im Ernst nicht daran, der notleidenden Bevölkerung wirklich zu helfen. Es wurde zwar in der Ausschubssitzung gestern noch ein Zucker-Notgesetz fertig gemacht, das dann im Plenum auch von den bürgerlichen Parteien sofort verabschiedet wurde. Aber dieses Gesetz entspricht in keiner Weise dem, was die Sozialdemokratie wollte. Es wird zwar Zucker im Freistaat beschlaggenommen. Von der Beschlagnahme sind aber fürs erste Mengen unter drei Zentner frei und ferner findet die Beschlagnahme auf Auslandszucker keine Anwendung. Natürlich wird es in Zukunft nur wieder Auslandszucker geben, wie wir es in den letzten Jahren bei der Beschlagnahme jeder Inlandsware immer wieder erlebt haben. Während die Sozialdemokratische Fraktion ferner den Höchstpreis für Zucker mit 18 Mark festgesetzt haben wollte, sieht das Gesetz der

bürgerlichen Parteien überhaupt keinen Höchstpreis vor.

Das ganze Zuckernotgesetz des Bürgerblocks ist also ein Schlag ins Wasser. Den noch immer großen Kreisen der Konsumenten, die auch heute noch von den bürgerlichen Parteien das Heil erhoffen, dürfte diese neue „Tat“ des Bürgerblocks doch die Augen öffnen. Es ist aber auch ein unhaltbarer Zustand, wenn Vertreter von bürgerlichen Organisationen, wie Hausfrauen- und Beamtenverbänden, immer wieder zu uns kommen und von uns energische Maßnahmen gegen den Wucher fordern, und wenn dann diese Herrschaften im übrigen aber die bürgerlichen Parteien unterstützen, durch deren Tätigkeit im Volkstage jede wirksame Maßnahme gegen den Wucher unmöglich gemacht wird. Diese bürgerlichen Konsumenten-Organisationen haben dadurch jedes Recht der Kritik verwirkt. Wenn man eben bürgerlich kapitalistisch-gesinnt ist, muß man auch die Folgen dieser kapitalistischen Wirtschaftsweise ruhig hinnehmen.

Die Herren vom Bürgerblock mögen gestern abend nach vollbrachter Tat stolz nach Hause gezogen sein und von ihren Hausfrauen Lobeshymnen für den männlichen Kampf mit dem Wucherdrachen empfangen haben. Auf diesen Beifall mögen sich die bürgerlichen Herrschaften aber nicht allzuviel einbilden. Die große Frage ist doch die, wie lange sich noch die breiten Volksmassen das elende Spiel der bürgerlichen Komödianten gefallen lassen.

Der rasende Sturz der Mark.

Deutschlands Wirtschaftsleben nähert sich mit Riesenschritten dem Abgrund. Das kam besonders an dem Barometer des kapitalistischen Wirtschaftslebens der Börse zum Ausdruck. An der Berliner Börse setzte gestern im Hinblick auf den angeblich sehr ungünstigen Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission eine erneute Sturmflut ein, die schließlich an der Börse zu einem

völligen Zusammenbruch des Devisenmarktes führte. Der Dollar erreichte um die Mittagsstunde eine Höhe von 1950. Der Berliner Devisenmarkt, der ohnehin schon seit einigen Tagen kaum noch über das geringste Angebot verfügt, ist dem starken Herabstürzen deutscher Marknoten aus dem Auslande nicht mehr gewachsen. Industrie und Großhandel können für Einfuhrzwecke auch nicht die kleinsten Devisenbeträge im freien Markte mehr kaufen.

An der Börse herrschte hinsichtlich der weiteren Gestaltung der Dinge allgemeine Niedergeschlagenheit. Man sieht mit ernstesten Besorgnissen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen dieser neuesten Katastrophe entgegen. Es war schon bald nach Beginn des offiziellen Verkehrs am Devisenmarkte kaum noch möglich, irgendwelche Geschäfte abzuschließen; während sonst regelmäßig Parteien von tausend Dollars und ein Mehrfaches davon gehandelt werden, konnten nicht einmal Beträge von fünfhundert Dollars und darunter beschafft werden. Bei dem Fehlen jeglichen Angebots bestehen für weitere katastrophale Steigerungen des Dollars keine Hindernisse mehr.

London, 24. Aug. (W.B.) Der neue gewaltige Sturz der deutschen Mark erregt größtes Aufsehen. Einer Blättermeldung zufolge herrschte in den Kreisen der Reparationskommission in Paris eine sehr pessimistische Stimmung seit der letzten Rede Poincarés. Es scheint kaum glaublich, daß die Franzosen bei einer Politik verharren, die mit dem Zusammenbruch der deutschen Handelsenden mülfe und mit der endgültigen Enttäuschung der Franzosen, irgendwelches deutsches Geld zu erhalten. Jedes Wort der letzten Brandrede Poincarés koste die französischen Steuerzahler soundsso viel Franken.

Die Forderungen der Gewerkschaften.

Die stündlich anwachsende Teuerung veranlaßte die Gewerkschaften, der Reichsregierung eine Reihe von Forderungen zu überreichen, über die die Gewerkschaftsvertreter gestern mit der Reichsregierung verhandelten.

Im Anschluß an die Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften hatte der Reichskanzler eine Unterredung mit Stinnes. Am Freitag werden die Gewerkschaften, die Unabhängigen und die Sozialdemokraten in einer gemeinsamen Sitzung sich mit der innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands beschäftigen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat, wie der „Vorwärts“ meldet, am Donnerstag dem

Trade Union-Kongress in London ein Telegramm geschickt, in dem er unter Hinweis auf den ungeheuren Dollarstand, der den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands bedeute, auf die Folgen für alle Industrieböller hinweist; noch sei eine Rettung möglich, sie hänge von der Trade Union ab. Ein ähnliches Telegramm ist an den internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam abgegangen.

Der „Vorwärts“ schreibt zu den Forderungen der Gewerkschaften, daß es nicht wahr sei, daß der Tagesbedarf der arbeitenden Bevölkerung untrennbar mit dem Dollarkurs an der Börse verbunden sein muß. In Deutschland stecken Warenvorräte, für die kein ausländisches Rohmaterial anzukaufen ist. Ein großer Teil der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände wird nur aus deutschen Erzeugnissen und deutscher Arbeit gewonnen. Hier müsse regulierend eingegriffen werden. Besonders aufreizend wirke es, wenn in Deutschland, das früher die größte Zuckerproduktion hatte, kein Zucker für die Bevölkerung vorhanden sei, während die Luxusindustrie für Konditorwaren, Schokoladen und Liköre den ganzen Zucker verschlinge. Die Gewerkschaften haben deshalb der Regierung ein Programm überreicht, das u. a. die Beschlagnahme und Nationalisierung der Lebensmittel- und Bekleidungsgegenstände, die Einführung eines Zwangskurses für die Mark, die Uebernahme des gesamten Exports durch die Regierung und Ueberwachung des Devisenhandels enthält. Die Gewerkschaften fordern ferner ein sofortiges Verbot der Herstellung von Kuchen, Schokoladen, Likören und Schaumweinen, eine Einschränkung der Bierfabrikation und ein Verbot der Einfuhr ausländischer Weine, Apfelsinen usw. Die christlichen Gewerkschaften verlangen noch besonders, daß die Regierung auf ihrer Festhaltung der Forderungen der Entente beharren soll.

Rettungsprogramm für Oesterreich.

Wien, 24. August. (W.B.) Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht in der Form eines Aufrufes das Ergebnis einer gemeinsamen Beratung der politischen und wirtschaftlichen Verbandsleitungen der sozialdemokratischen Partei, die sich mit den durch die wirtschaftliche Not entstandenen Aufgaben für die Partei befaßte. In dem Aufruf wird die Arbeiterschaft vor dem Versuch einer gewaltsamen Lösung gewarnt, der nur die vollständige Vernichtung des Wertes der Krone, den vollständigen Zusammenbruch der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung und die Kontrolle durch fremde Mächte bewirken könne. Zugleich wird die Regierung aufgefordert, mit der Durchführung der von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellten Forderungen — Enteignung der Goldwerte zur Festigung des Staatshaushalts, Nationalisierung der Lebensmittel, Verbot der Luxuseinfuhr — nicht länger zu zögern. Schließlich wird der sofortige Zusammentritt des Nationalrats gefordert, damit auf dem Boden des Parlaments festgestellt werde, ob der gegenwärtige Nationalrat fähig sei, die unausschiebbare Wendung der gesamten Wirtschaft- und Finanzpolitik Oesterreichs zu vollziehen. Wenn ja, so könne für die Sozialdemokratische Partei eine teilweise Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien das Mittel sein, die Republik und ihre Volkswirtschaft aus der Gefahr zu retten. Andernfalls bliebe trotz aller Bedenken kein anderer Weg als die schleunige Durchführung von Neuwahlen, um die Wählermassen selbst entscheiden zu lassen.

Die Berliner Reparationsverhandlungen.

Nach den Besprechungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers mit Bradbury und Mauciere trat gestern abend, wie die Morgenblätter melden, das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammen und verhandelte über die Ergebnisse dieser Besprechungen. Heute mittag werden die Verhandlungen mit den Reparationsvertretern fortgesetzt werden. Außer dem Reichskanzler werden noch Reichsfinanzminister Dr. Hermes und Staatssekretär Bergmann teilnehmen. Voraussichtlich werden Bradbury und Mauciere heute abend abreisen.

Der Parlamentsberichterstatler der „Daily Mail“ will wissen, daß Poincaré heute einen Kabinettsrat abhalten wird, auf dem die Möglichkeit eines negativen Ergebnisses der Berliner Verhandlungen erörtert werden wird. Poincaré steht fest zu seinem Programm, in dem gefordert wird, daß die produktiven Pfänder die Gestaltung einer allierten Kontrolle über die Einkünfte der deutschen Staatsbergwerke im Ruhrgebiet und gewisse deutsche Staatsforsten übernehmen sollen.

Die zwölf Todeskandidaten der Moskauer Blutjustiz.

Es ist wahrhaftig von Interesse, sich die Sozialrevolutionäre zu betrachten, denen Moskau das Schandmal der „Räterevolution“ auf die Stirn drücken will. Da ist Abram Goh. Seit zweiundzwanzig Jahren steht er inmitten der revolutionären Bewegung an hervorragender Stelle. Unter seiner unmittelbaren Beteiligung wurden die Mittelalten organisiert gegen den Minister des Innern Turanow, ferner gegen General Min und Obersten Almann, die Unterdrücker des Moskauer Aufstandes, gegen den Justizminister Alimow, den Moskauer Stadthauptmann Schawlow und den Direktor des Polizeidepartements Maltschewski. 1906 wurde er verhaftet und im folgenden Jahre vom Arealgericht in Petersburg zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe wurde er 1915 nach Sibirien deportiert. Nach Ausbruch der Märzrevolution 1917 wurde er zum Vizepräsidenten des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, später zum Vizepräsidenten des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees, im November 1917 zum Mitglied der konstituierenden Versammlung gewählt. Am Mai 1920 wurde er von den Bolschewiki verhaftet und befindet sich seitdem ununterbrochen in Haft. Er ist noch nicht vierzig Jahre alt und dreizehn Jahre davon verbrachte er hinter Kerkermauern und in sibirischer Verbannung.

Eugen Timofejew. Gleichfalls seit zweiundzwanzig Jahren in der revolutionären Bewegung. Zwölf Jahre verbrachte er im zaristischen Zuchthaus, zwei Jahre in der bolschewistischen Haft. Weit mehr als ein Drittel seiner Lebensjahre verbrachte er im Kerker. Michael Bendelmann, seit 1899 in der revolutionären Bewegung, erhielt langjährige Zuchthausstrafe und Deportation. Die Moskauer Arbeiter wählten ihn in den Vorstand ihres Arbeiterrates und später in den Vorstand des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees. Seit anderthalb Jahren befindet er sich in bolschewistischer Haft. Dimitri Donskoj, seit einem Vierteljahrhundert steht er in der revolutionären Bewegung, die er mit sechs Jahren Gefängnis und zweimaliger Deportation nach Sibirien büßte. Nach dem Ausbruch der Märzrevolution wurde er in den Petersburger Arbeiterrat gewählt. Seit März 1919 halten ihn die Bolschewiken in Haft. Eugenie Matner, seit 1903 führendes Mitglied der Sozialrevolutionären Partei, der sie sechs Jahre Gefängnis und ihres bürgerlichen Lebens zum Opfer brachte. 1917 wurde sie in das Präsidium des Moskauer Arbeiterrates gewählt. Seit Dezember 1919 wird sie von den Bolschewiken hinter Kerkermauern gehalten. Leo Wernstein, seit dem Jahre 1898 in der revolutionären Bewegung tätig. Die Paragerrichte hielten ihn viereinhalb Jahre im Gefängnis und fünf Jahre in sibirischer Gefangenschaft. 1920 nahm er aktiven Anteil an dem Sturz der konturrevolutionären Regierung Kollschak. Im April 1921 wurde er von den Bolschewiki verhaftet und nun zum Tode verurteilt. Nikolai Swanow, erst vierunddreißig Jahre alt. Zehn Jahre sah er hinter zaristischen Zuchthausmauern. Die Märzrevolution befreite ihn. Von Kollschak verhaftet, entging er nur durch Flucht dem drohenden Tod durch Erschießen. Im August 1921 wurde er von den Bolschewiken verhaftet. Michael Pichatsch, fünfunddreißig Jahre alt. Auch er verbrachte einige Jahre hinter zaristischen Kerkermauern und in sibirischer Deportation. Seit Januar 1921 halten ihn die Bolschewiken gefangen. Seratus Morosow, erst 31 Jahre alt. 1905 beteiligte er sich am Moskauer Aufstand. Zehn Jahre Zwangsarbeit hatte er hinter sich, als ihn 1917 die Märzrevolution befreite. Seit August 1919 befindet er sich in bolschewistischer Haft. Nikolai Artelew, 39 Jahre alt, wovon er für seine revolutionäre Tätigkeit fünf Jahre sibirischer Deportation erdulden mußte. Seit Juli 1920 befindet er sich in bolschewistischer Haft. Helena Swanowa, erst 38 Jahre alt. Sie war Mitglied der revolutionären Kampforganisation und wurde wegen ihrer Tätigkeit im Jahre 1908 zu fristloser Zwangsarbeit verurteilt, von der sie erst die Märzrevolution 1917 befreite. Nicht lange darauf wurde sie von den Bolschewiken hinter Kerkermauern begeben. Nur Wladimir Naadow entging den zaristischen Gerichten. Dafür wurde er von den Bolschewiken seit 1918 dreimal verhaftet und am Ende zum Tode verurteilt.

Diese Männer und Frauen (Moskau läßt auch Frauen strafen!) die ihrer revolutionären Ueberzeugung so schwere Opfer gebracht haben, wegen die Bolschewiken als „Konterrevolutionäre“ zu schänden und Denkerschanden zu übergeben! Diese Männer und Frauen waren die Moskauer Goldschreiber als „seine Vertreter“ hinzustellen und ihre Verurteilung zum Tode zu verteidigen. Wir überlassen es den Arbeitern, das gerechte Urteil zu fällen.

Fürsichtige Pensionen.

Während des Krieges haben unsere Monarchisten die Menschheit eingeteilt in „Sünder“ und „Heiden“. Natürlich kamen als „Heiden“ nur die Monarchisten, die Junker, die adligen Offiziere, die Prinzen, die Fürsten und die Abtgie in Frage. Die große Masse des Volkes wurde als minderwertig betrachtet, die nur den materiellen Interessen nachginge.

Eine hübsche Illustration zum „Selbentum“ dieser Prinzen und Fürsten liefert das Kapitel von der Jagd nach den Pensionen. Da ist der frühere Herzog G e o r g v o n W e i n i n g e n. Er beansprucht eine Pension als Generalinspekteur. Da ist der frühere Prinz D s k a r v o n P r e u ß e n, der sich beschwert, daß er sein Gehalt als Brigadeführer für das letzte Kriegsjahr 1918 noch nicht erhalten habe. Da ist der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern, der eine Pension als Generaloberst beansprucht.

Zum Golde krängt, am Golde hängt doch alles. Wie man sieht, auch die „Heiden“ der Alldeutschen und die Wüsten des neuesten Monarchistenrummels. Daß sich diese Herren nicht schämen! Sie sind auf Pensionen aus wie der Teufel auf eine arme Seele. Die Herren sollten doch nicht vergessen, daß das Volk, das heute hungert und schwer arbeitet, muß, nur mit einem Gestül des Gekels diese Jagd der Prinzen und Kronprinzen auf die Pensionen betrachten kann. Oder meinen die Herren vielleicht, sie könnten sich in der deutschen Republik ebenso wie im kaiserlichen Deutschland mit nichts als nichts die Groschen der Steuerzahler in die Taschen schleichen lassen? Freilich, früher war das ja wunderbar; da hat jener famose Prinz Albrecht von Preußen, der trotz seines verkrüppelten Fußes mit 10 Jahren Leutnant wurde und wegen eines Liebesverhältnisses nach Südwestafrika abgeschoben wurde, lebenslängliche Pension und Kriegszulage zugesichert bekommen. Wofür? Das wissen die Götter.

Schon bei der Beratung des Pensionskürzungs-gesetzes zeigte sich, daß es Zeit ist, die Pensionen unter die schärfste Kontrolle zu nehmen. Vielleicht geben die Dreifaltigkeiten der Herren Prinzen und Kronprinzen neue Gelegenheiten, in die ganze Pensionsfrage einmal gründlich hineinzuleuchten.

Festsetzung einer Altersgrenze für Reichsbeamte

Dem Reichstag wird in den nächsten Tagen der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer Altersgrenze für Reichsbeamte zugehen. Das Gesetz will den Paragraph 60 des leider immer noch in Kraft befindlichen Reichsbeamtengesetzes von 1878 in der Weise ändern, daß Reichsbeamte mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand versetzt werden. Für die richterlichen Reichsbeamten sollen die genannten Termine nach der Vollendung des 68. Lebensjahres in Betracht kommen. Hinter dem Paragraph 60 soll ein neuer Paragraph eingefügt werden, der die Veretzung in den Ruhestand um ein Jahr hinauschiebt, wenn besondere Interessen des Reiches die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Reichsbeamten erfordern.

Die Reichsbeamtenorganisationen sollen gutachtlich über den Entwurf gehört werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden im allgemeinen mit dem Gesetzesentwurf einverstanden sein können. Er bringt

dem Nachwuchs in der Beamenschaft mehr Aussichten, planmäßige Stellen zu besetzen, als das augenblicklich der Fall ist. Außerdem dürfte auch eine Verjüngung des Beamtenkörpers und damit die Demokratisierung der Verwaltung erheblich beschleunigt werden.

Die Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner

Ist von der Arbeitgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen beantragt worden. Der Reichsarbeitsminister wird ersucht, dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages gemäß dem Ermächtigungsgesetz schleunigst eine Vorlage zur Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner zugehen zu lassen. Das Ersuchen wird mit der fortgesetzten Entwertung der Mark und der damit steigenden Not der Sozialrentner begründet.

Bereinigungen mit den Bergarbeitern.

Bei den gestrigen Verhandlungen über die von den Bergarbeitern geforderten Lohnerhöhungen sowie über die Wiedereinführung von Ueberschichten einigten sich die Verbände zunächst für das Ruhrgebiet dahin, daß zum Ausgleich der im September zu erwartenden Teuerung eine Erhöhung der Schichtlöhne um durchschnittlich 140 Mark zu gewähren sei, ein weiterer Betrag von 140 Mark soll in der zweiten Hälfte des August gewährt werden.

Ferner wurde eine Einigung mit den Bergarbeitern über die Regelung der Arbeitszeit erzielt. In Würdigung der außerpolitischen Lage und der Bedürfnisse Deutschlands werden die Bergarbeiter des Ruhrgebietes vom 1. September an bis auf weiteres an drei Tagen der Woche im Anschluß an die regelmäßige Schicht je zwei Ueberstunden machen. Für die Mehrarbeit wird ein Lohnzuschlag von 50 Prozent bezahlt, der aber nicht durch Erhöhung des Kohlenpreises gedeckt werden soll.

Aufhebung der bayerischen Verordnung.

Die aus Anlaß der Schutzgesetzgebung seitens der Reichsregierung von der bayerischen Regierung erlassene Rechtsverordnung vom 24. Juli ist mit Wirkung vom 24. August aufgehoben worden.

Ueber die Abmachungen zwischen Berlin und München wird noch gemeldet: Bei den Besprechungen der Reichsregierung mit den bayerischen Ressortministern hat die Reichsregierung die gewünschten Aufklärungen gegeben, aber weitergehende Wünsche abgelehnt. Ein bayerischer Senat wurde abgelehnt, aber die Ernennung der Mitglieder des süddeutschen Senats soll im Benehmen mit den Landesregierungen erfolgen. Bei der Ausübung des Begnadigungsrechtes stellte der Reichspräsident eine Fühlungnahme mit den Landesregierungen in Aussicht.

Ein Amerikaner in Polen verprügelt. Unter den jüngsten Ausfahrungen in Kattowitz hatte auch ein amerikanischer Bürger zu leiden, der über sein Erlebnis in einem Telegramm an die amerikanische Botschaft in Berlin berichtet, das folgenden Inhalt hat: Ich, der amerikanische Bürger Oskar Haas aus Brooklyn, wurde bei der Durchreise von Warschau nach Amerika in Kattowitz verprügelt und beraubt. Schutz von der polnischen Polizei vermochte ich, trotzdem ich mich als Amerikaner ausweis, nicht zu erlangen. Polizeibeamte haben mich ebenfalls verprügelt und beraubt. Ich bin in Dentschen und ersuche um sofortigen Schutz.

Das Ende Enver Paschas. Die „Times“ meldet aus Peshawar, die letzten Nachrichten bestätigen den Zusammenbruch der Streitkräfte Enver Paschas. Mitte Juli habe er sich in die Berge von Darwas in Buchara zurückgezogen. Die republikanische Regierung in Buchara sei unter strenger Sowjetkontrolle wiederhergestellt worden.

Fünf-Dollar-Tragik.

Der Lebensfilm eines amerikanischen Kinostars.

Der Film gibt sich oft die vergebliche Mühe, als Leben zu erscheinen. Und dann kommt die Wirklichkeit und gleicht das Manuskript, macht aus dem Leben einen Film. Nicht anders als ein Film und nicht gerade der beste, erfüllt von trauen Mangellichkeiten und sentimentalen Müheligkeiten, mutet der Lebenslauf des amerikanischen Filmstars Fatty an. Noch vor ganz kurzer Zeit stand er im Zenith seiner Popularität, war er Amerikas Liebling, europäische Begeisterungsfähigkeit reicht nicht hin, um sich über den Kultus klar zu werden, den das nüchterne Amerika mit diesem Mann getrieben hat. Unser Starenthiasmus ist föhliche Reserve gegen den Hummel, den Amerika mit Fatty trieb. Er war tatsächlich der Liebling der neuen Welt, die ihn vergötterte. Es sind knapp fünf Jahre her, da war Fatty ein kleiner, schlichter Mensch, der in der Woche redlich und mit Schweiß und Mühe fünf Dollar verdiente. Dann kam der plötzlich in rasendem Tempo aufwärts klimmende Aufstieg.

Dieser arme, vom Leben vergessene Aukensetter, dieser kleine Fünf-Dollar-Mensch wurde für den Film entdeckt. Er brachte alles mit, was man für diese Kunst, die vom Objektiv ausgeht und also, photographisch wenigstens, auch objektiv sein muß: ein hübsches Gesicht, eine natürlich-anmutige Beweglichkeit, ein unverdorbenes, starkes, intensives Spielzeug. So, als der Typ des scharmanten Bengels haben ihn unzählige Bewegungsbilder festgehalten. Die beste Gesellschaft erlosch sich ihm. Romanhafte Abenteuer umschwirren sein Tagewerk. Sein Weg war mit Rosen bestreut, und ihm, dem Mann, der mit fünf Dollar begonnen hatte, floßen die Millionen zu. Er hat es nicht verstanden, von diesen Millionen einen auch nur halbwegs vernünftigen Gebrauch zu machen. Fatty warf das Geld nicht nur mit vollen Händen zum Fenster hinaus, er vergebete es in geradezu fruchtbarer Verschwendungssucht. Auch seine Ehe mit einer vornehmen Amerikanerin — es bedeutete einen gesellschaftlichen Erfolg, die Frau dieses

Schauspielers zu sein, vor dessen Ruhm der Ruhm Charlie Chaplins verblaßte — auch diese Ehe konnte ihn vor seiner Verschwendungssucht nicht befreien.

Dann kam das Verhängnis. Fatty, der dank seiner Popularität fast außerhalb des Gesetzes sich stellen zu dürfen glaubte, wurde in einen bösen, bösen Prozeß verwickelt. Danach soll er an dem Tode einer jungen Filmschauspielerin Schuld getragen haben. Das amerikanische Gesetz hat Fatty nicht verurteilen können. Er saß lange, sehr lange in Untersuchungshaft. Und als man ihm den Prozeß machte, wurde er freigelassen. Der Todeserfolg konnte nicht mit absoluter Sicherheit auf Fattys Tat zurückgeführt werden.

Fatty ist frei. Aber er ist ausgelöscht aus dem amerikanischen Leben für immer. In ganz Amerika und im gesamten zur Entente gehörigen Europa darf kein Kattowitzer gezeigt werden. Die Kopien mit Fattysrollen verderben — es gibt keinen Fatty mehr. Nur wir in Deutschland bezubeln sein Werk, denn wir sind ein wenig spät daran.

Fatty aber ist am Verhängern. Der Kröfus der amerikanischen Filmstars geht beltein. Unter anderem Namen, mit verändertem Gesichtsausdruck, in einer Maske, die ihm das Leben dithiert hat, ist er jetzt in irgendeinem Bezirk untergetrohen. Amerikaner, die eben nach Deutschland kamen, erzählten von Fattys Ende. In einem kleinen, weltverächtlagenen Städtchen vegetiert er — und verdient, mühselt, im Schweiße seines Angesichts so hübschen, fest von Not und Grauen zerföhrien Angehts — wieder fünf Dollar. Der Kreis ist geschlossen. Mit fünf Dollar begann dieses leuchtende Leben, das der hemmungslose Mensch nicht zu nützen wußte. Mit fünf Dollar schließt es. Der Film ist nicht immer Leben — aber das Leben ist ein Film.

Gerhart Hauptmanns Roter Adlerorden. Genosse Konrad Haenisch erzählt in seinem Werk über „Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk“, daß er soeben bei J. G. W. Dieck Nachf. Berlin erschienen läßt, folgende Anekdote: Die tief verdäuernte Stimmung Hauptmanns wurde nicht einmal gemildert durch den schlichten G e h r a, den sich Wilhelm II. mit dem Einfall erlaubte, in der Stunde vater-

ländischer Not wie dem Dichter Dehmel so auch dem Dichter Gerhart Hauptmann plötzlich einen preussischen Orden zu übersenden. Des Roten Adlerordens dritter Klasse, den jeder Staatsrat nach fünfjähriger braver gedienten Jahren erhielt, wurde der Dichter des „Morlan Gener“ nur für würdig erachtet. Derselbe Dichter, dem derselbe Wilhelm II. zweimal den von allen Sachverständigen einmütig für Hauptmann geforderten Schiller-Preis verweigert hatte! Hauptmanns erster Gedanke war natürlich, die Gabe ohne ein Wort dem Geber zurückzuschicken, dessen Geschmacklosigkeit sich hier selbst übertröffen hatte. Er hat die famose „Auszeichnung“ dann aber doch in seine Sammlung von Autographen eingereiht, die auch sonst noch manches seltsame Stück enthält.

Eine musikalische Internationale. Wie aus Salzburg berichtet wird, ist dort nach Beendigung der Salzburger internationalen Kammermusikspiele unter dem Vorsitz des englischen Musikgelehrten Professor Dr. Dent (London) eine internationale Gesellschaft für neue Musik ins Leben gerufen worden. In das vorbereitende Komitee wurden gewählt: Professor Lonnegat, Dr. Sarghinger (Amerika), Professor Dr. Weikmann, Dr. Schulz-Dornburg (Amerika), Professor Dr. Weikmann, Dr. C. Steinhard, Dr. P. Stephan (Tschechoslowakei), Professor Dent, Dr. Evans (England), H. Haenegger, E. Milhaud (Frankreich), M. Gatti (Italien), Dr. S. Damisch, Dr. P. Stepan, Dr. E. Riti (Österreich), Salazarre (Spanien), N. Hammerik (Dänemark), W. Bartel (Ungarn), Gattla (Finnland).

Um die Einheitsstenographie. Die Stenographen der Richtung Siegel-Schrey, die in Eisenach tagten, erklärten sich mit dem Entwurf der Einheitsstenographie nicht zufrieden und wünschten die Fortführung der Verhandlungen, um das auch von ihnen erstrebte Ziel der Einheitsstenoalphabet in zufriedenstellender Weise bald zu erreichen.

Ein Erzberger-Denkmal. Hat die Stadt Dieberach errichten lassen, das am 25. August, dem Jahrestage seiner Ermordung, enthüllt wird. Das Denkmal trägt folgende Inschrift: „Niemand hat eine größere Liebe als der, der sein Leben hingibt für seine Freunde.“

Der Volkstag und die Teuerungskatastrophe

Gesetliche Bekämpfung des Zuckersuchers. — Unzulängliche Maßnahmen. — Beschlagnahme ohne Preisfestsetzung. Die weiteren Gesetze dem Wirtschaftsausschuß überwiesen.

Die bevorstehende Aussprache über die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Teuerung hatte einen guten Besuch des Hauses veranlaßt. Die Bänke der Abgeordneten wiesen nur wenige Lücken auf. Auch die Zuschreibtribüne war stark besetzt.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde der Antrag des Senats auf Strafverfolgung der Abgeordneten Raube und Ueberjohn dem Rechtsausschuß übergeben. Verschiedene Eingaben wurden nach den Vorschlägen der Ausschüsse erledigt. Der Gesetzentwurf betr. die Erhöhung der Beiträge der Sozialrentner ging an den Sozialne Ausschuß.

Nunmehr standen die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe zur

Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers

zur Beratung. Es wurde beschlossen, die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe betr.

Schutz der Bevölkerung vor dem Zuckersucher und Sicherstellung der Ernährung der freistaatlichen Bevölkerung mit Milch, Butter und Käse für 1922/23 und den sozialdemokratischen Antrag auf Erlass eines **Verbots für Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fleischspeisen** zusammen zu beraten.

Abg. Gen. Arczynski

sprach als erster Redner. Die vorliegenden Gesetze haben den Zweck, die freistaatliche Bevölkerung vor Ausbeutung zu schützen. Eine ungeheure Verteuerung macht sich auf allen Gebieten breit. Geradezu

skandalös ist die Preissteigerung beim Zucker.

Die freistaatliche Zuckereinnahme betrug im vergangenen Jahre 600 000 Zentner. Unter Zugrundelegung von 30 Pfund pro Kopf der Bevölkerung wären etwa 150—180 000 Zentner verbraucht. Ein großer Teil des Zuckers muß sich also noch in den

Händen der Händler

befinden. Im Vorjahr betrug der Zuckerverkauf 5 Mark pro Pfund; jetzt werden 50—60 Mark im Einzelhandel verlangt. Der Zuckerverkauf wird noch weiter steigen und es wird nicht lange dauern, dann muß die Bevölkerung 100 Mark für ein Pfund Zucker zahlen. Ich frage Sie, ob Sie wissend sind, den Wucher ernstlich zu bekämpfen. Um den Wucher einzuschränken, hat die sozialdemokratische Fraktion die vorliegenden Gesetze eingebracht.

Händler und Interessenten werden auf das Steigen des Dollars hinweisen. Das Sinken der Mark ist keine Begründung für die unheimlichen Preissteigerungen mit dem Zucker aus der vorigen Ernte. Der Zucker stammt nicht aus dem Auslande, sondern ist zu den alten Versteigerungsstellen im Freistaat hergestellt worden. Auch herrscht keine Zuckersknappheit, denn es konnten noch große Mengen ausgeführt werden.

Diesem skandalösen Zustande muß ein Ende gemacht werden. Wir verlangen deshalb im vorliegenden Gesetz

die Beschlagnahme des Zuckers

und seine rationierte Abgabe zum Preise von 8 Mark pro Pfund an die Bevölkerung. Ausfuhrbeschränkungen sind nicht erforderlich. Wir erwarten, daß dem Gesetz zugestimmt wird, damit den Zuckersuchern das Handwerk geleert wird. Reicht nicht der Volkstag zeigen, ob es ihm ernstlich um die Bekämpfung des Wuchers zu tun ist. Welche den Händlern und Wuchern, wenn die

Erbitterung der Danziger Arbeiterschaft

auf das höchste gestiegen ist. Nichts des Senats ist es, die Bevölkerung vor Ausbeutung zu schützen. Er hat hierin versagt.

Bei Milch und Butter macht sich der gleiche Wucher bemerkbar.

Vor Eintritt der Ferien hat der Volkstag ein Ausführungsverbot für Milchprodukte erlassen. Trotzdem wurde in letzter Woche produziert und große Läger aufgefüllt, in der Hoffnung, daß durch Freigabe der Ausfuhr riesige Gewinne in die Tasche gesteckt werden könnten. Dem Wirtschaftsausschuß lag bereits der Antrag auf Genehmigung der Ausfuhr von 5 Waggons Käse vor. Der Käse sollte angeblich nach Oberschlesien gehen, um den Bezug von Rohle zu ermöglichen.

Die Milch ist weiter stark verteuert worden.

Ebenso sind die Butterpreise in die Höhe geklettert. Erträgliche Zustände lassen sich nur schaffen, wenn wieder Höchstpreise für die einzelnen Artikel festgesetzt werden.

Die Fleischpreise

haben eine Höhe erreicht, die einem großen Teil der Bevölkerung den Genuß von Fleisch und Fleischwaren unmöglich macht. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich seinerzeit vergeblich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft gewandt. Seitens der Befürworter der freien Wirtschaft wurde reichliches und billiges Fleisch versprochen, wenn die Zwangswirtschaft beseitigt würde. Die Versprechungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Auch hier kann von einem Wucher gesprochen werden.

Der Senat muß erklären, ob tatsächlich innere Danziger Wirtschaftsmassnahmen von der Zustimmung der polnischen Regierung abhängig sind. In den bestehenden Verträgen findet diese Ansicht keine Stütze.

Es ist Pflicht des Senats, Maßnahmen gegen die Teuerung und den Wucher zu treffen.

Wenn er nicht in der Lage ist, dem Volke das tägliche Brot zu geben, hat er seine Existenzberechtigung verloren. Was hat er bisher geleistet? Der Senat hat Versprechungen über Versprechungen gegeben; davon ist niemand satt geworden. Bei der Wirtschaftspolitik des Senats hat das **Verbot der Ausfuhr** große Gewinne eingestekt. Auch die Land-

wirtschaft hat gute Geschäfte gemacht. Die Kontingentwaren sind dem Händlertum sehr zuträglich gekommen. Dem Publikum haben sie keine Erleichterung gebracht. Die Kontingentwaren, die das Deutsche Reich zu Vorzugspreisen nach Danzig herbeiführt, sind von Ausländern wieder hinaufgeschafft worden. Die Danziger hatten das Nachsehen. Letzterlei leidet unter dem gleichen Mißstand und da heißt es:

Schutz mit dem Fremdenverkehr,

der mit dazu beiträgt, die Lebensmittelpreise zu steigern und der einheimischen Bevölkerung alles fortkaufen. (Lebhafte Zustimmung!)

Hilfe ist dringend notwendig. Es müssen Preise festgesetzt werden, wobei auch der Handel und der Produzent bester sein kann. Die Bevölkerung Danzigs ist mit dem Wirken der bürgerlichen Volkstagsmehrheit nicht einverstanden. Wenn Sie wirklich den Willen haben, die Bevölkerung vor dem Hunger zu bewahren, dann stimmen Sie unserem Antrag zu. Nur dadurch kann verhindert werden, daß die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greift. Es handelt sich hier um das notwendige Lebensrecht des Volkes.

Das Rennen mit dem Dollar

kann die Arbeiterschaft nicht mitmachen. Wenn der Arbeiter von seinem Unternehmer die Bezahlung nach Dollar verlangen würde, schloße man einfach die Betriebe Danzigs. Danzigs Wirtschaftsgeschichte ist an einem Wendepunkt angelangt. An den Senat richte ich die ernste Warnung, die Dinge so weiter gehen zu lassen wie bisher. (Lebhaftes Bravo! links.)

Senator Jewelowski antwortete auf die Anfrage des Abg. Gen. Arczynski über die Abhängigkeit Danzigs von Polen in bezug auf die Lebensmittelverordnungen, daß Danzig seine Wirtschaftspolitik so führe, wie es für Danzig als zweckmäßig erachtet werde. Ein Ausfuhrverbot für Vieh sei nicht möglich, die Einfuhr polnischen Viehs sei stark gestiegen, nahezu die Hälfte alles Schlachtviehs stamme aus Polen.

Redner kam dann auf die Zuckerverfälschung zu sprechen und stimmte den Ausführungen des Abg. Gen. Arczynski über den Zucker vorjähriger Ernte zu. Es sind 180 000 Zentner Zucker zur Verforgung des Freistaates bereitgestellt worden, was für ein Jahr vollkommen ausgereicht hätte. Um eine Ausfuhr des Zuckers nach Polen zu verhindern, sei ein Ausfuhrverbot erlassen worden. Der Zucker sei dann dem Handel übergeben worden, habe häufig seinen Besitzer gewechselt und sei stark im Preise gestiegen. (Zuruf: Kettenhandel!) Angeficht der ungeheuren Preissteigerungen habe der Senat den Gedanken erwogen, den gesamten im Freistaat vorhandenen Zucker zu beschlagnahmen. Das sei aber nur möglich gewesen, bei Zahlung des recht beträchtlichen Preises, den die Eigentümer des Zuckers beim Einkauf gezahlt haben. Nach der Verfassung sei der Senat nicht in der Lage, den Zucker alter Ernte zu einem von ihm festgesetzten Preise zu beschlagnahmen. Für die

neue Zuckereinnahme

seien jedoch einschneidende Maßnahmen getroffen worden. Vom Senat sei ein Gesetz angearbeitet worden, nach dem von der neuen Ernte 100 000 Zentner Zucker zum Preise von 15 Mark pro Pfund von den Fabriken übernommen werden und den Kommunen zur Verteilung an die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollen. Von Oktober ab soll dieser Zucker auf Karten abgegeben werden. (Zuruf: Bis dahin sollen wir warten?) Der Preis soll

30 Mark pro Pfund nicht übersteigen.

Weitere 100 000 Pfund Zucker sollen den Konsumgenossenschaften und den großen Einkaufsgenossenschaften überwiesen werden, die über dessen Verbleib Nachweis zu führen haben. Die aus der neuen Ernte noch übrigbleibenden 800 000 Zentner sollen zur Ausfuhr freigegeben werden, doch werde hierfür vom Staat eine Vergütung von 10 Prozent gefordert werden. Diese Regelung bedeute für die beteiligten Kreise ein großes Opfer, das man auf etwa 500 Millionen Mark beziffern dürfe. Diese Regelung werde sicher auch drückend auf die Preise der alten Zuckereinnahme wirken.

Das kaisliche Amt.

Die Ausführungen des Abg. Gen. Arczynski bezüglich des Verlangens der Wirtschaftspolitik des Senats, glaubte Redner durch Zehlen des kaislichen Amtes widerlegen zu können. (Zuruf: Die Danziger Statistik ist eine amtliche Angelegenheit!) Danzig hat billigere Preise als die Nachbarstädte. (Lebhafter Widerspruch.) Es werde behauptet, daß er (Jewelowski) durch die Holzpreissteigerungen infolge des Dollarkrisenpreises 10 Millionen Mark verdient habe. Das sei nicht wahr, er habe großen Schaden dadurch gehabt. (Zuruf: Warum habt Ihr denn nicht bewilligt!)

Abg. Böcker (Dmit.) war ebenfalls der Ansicht, daß gegen den Zuckersucher etwas geschehen müsse. Er erklärte sich in dieser Hinsicht mit den Ausführungen des Abg. Arczynski vollständig einverstanden. Das Emporsteigen des Zuckerpreises sei lediglich das Werk gewissenloser Spekulanter. Auch frühere Stadträte nichtbürgerlicher Parteien seien daran beteiligt. Es müsse unbedingt sofort etwas geschehen; einer Beschlagnahme des Zuckers stehe die deutschnationale Fraktion nicht ablehnend gegenüber; vor allen Dingen müssen die Grenzen scharf bewacht werden.

Abg. Schmidt (K.) vertrat den Standpunkt, daß die vom Senat vorgeschlagenen Mittel nicht durchgreifend sind. Es dürfe nicht bis zur neuen Ernte gewartet werden, sondern sofort eingegriffen werden. In den Massnerien und Speichern seien noch große Mengen Zucker vorhanden. Redner rief die heftigsten Angriffe gegen den Senator Jewelowski und beschloß sich in längeren Ausführungen mit dem Besuche Hindenburgs in München.

Abg. Senke (D. P.) begrüßte es darüber, daß die sozialdemokratische Fraktion den Stein ins Rollen gebracht

habe. Danzigs Bevölkerung leide schwer unter dem Wucher. Welche Preise sind in erster Sorge um ihren Lebensunterhalt. Die sozialdemokratischen Anträge finden nicht nur in der Deutschen Partei, sondern in der ganzen Bevölkerung eine Zustimmung. Die Deutsche Partei werde dafür eintreten, daß das Gesetz über die Beschlagnahme des Zuckers noch in der laufenden Sitzung verabschiedet werde. Die Preisfrage könne später geprüft werden. Es müßte noch festgestellt werden, ob mit dem Zucker nicht Kettenhandel getrieben worden sei. Die Schuldigen müßten schwer bestraft werden.

Abg. Gen. Arczynski stellte fest, daß das Haus einstig darüber ist, daß etwas geschehen müsse, nur über Einzelheiten bestanden noch verschiedene Anschauungen. Redner stellte deshalb den Antrag, die Sitzung auf 1 Stunde zu verlagern, um dem Wirtschaftsausschuß Gelegenheit zur Beratung des Gesetzes zu geben. Der Antrag wurde angenommen und das Haus auf eine Stunde verlagert.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte der Abgeordnete Dabiller (Dmit.) mit, daß der Wirtschaftsausschuß an Stelle des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes folgendes

Zucker-Notgesetz

beschlossen habe. Der Gesetzentwurf sei wohl von gangbarer Grundlage, bedürfe aber eingehender Beratung. Der Antrag der Linken, einen Höchstpreis von 15 Mark pro Pfund zu beschließen, sei von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt worden.

Das Notgesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sind im Jahre 1922 40 000 Zentner Zucker sicherzustellen. Zu diesem Zwecke wird der im Gebiete der freien Stadt Danzig vorhandene Zucker beschlagnahmt. Allen natürlichen und juristischen Personen wird verboten, über den beschlagnahmten Zucker zu verfügen, insbesondere ihn zu verkaufen oder aus dem Besitz oder Gewahrsam zu entfernen, in dem er sich befindet. Die Ausfuhr von Zucker ist verboten.

§ 2.

Von der Beschlagnahme befreit sind Mengen bis zu drei Zentner, die sich im Besitz oder Gewahrsam einzelner Personen befinden. Dem Einzelhandel mit offenem Laden ist auf jeden Fall gestattet, auf jede Prokarta wöchentlich ein Pfund Zucker zu verkaufen, sofern der Verkauf unter Befugnis der Unterschrift des Verkäufers auf der Prokarta vermerkt ist. Von der Beschlagnahme ausgeschlossen ist ferner derjenige Zucker, der nachweislich aus dem Auslande gekommen ist oder kommt, um auszuführen zu werden. Inländischer Zucker darf in Zuckerfabriken, Zuckerwarenfabriken und Zuckerrefinerien nicht verarbeitet werden.

§ 3.

Zwischenhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Geldstrafe bis zu drei Jahren und mit Gefängnis bis zu 200 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4.

Die näheren Maßnahmen zur Ausführung dieses Gesetzes trifft der Senat.

§ 5.

Dieses Gesetz ist spätestens bis zum 10. September 1922 durch ein endgültiges Gesetz zu ersetzen. Es tritt mit diesem Tage außer Kraft.

§ 6.

Dieses Gesetz tritt am 24. August 1922 in Kraft.

Abg. Schmidt (K.) versprach sich von dem Notgesetz wenig Erfolg. Dadurch, daß die bürgerliche Mehrheit beschlossen habe, den Auslandszucker nicht zu beschlagnahmen, werde es in Danzig

nur noch Auslandszucker

geben. Ein Fehler sei es auch, daß mit Rücksicht auf die Personen die bisher mit dem Zucker gewuchert haben, ein Höchstpreis nicht festgesetzt worden sei. Die kommunistische Fraktion könne einem solchen Gesetz nicht zustimmen. Redner gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Stimmung in den bürgerlichen Parteien so schnell umgeschlagen ist.

Abg. Kleitner (U. S. P.) erklärte, daß der sozialdemokratische Antrag den Zweck verfolgt, der Bevölkerung Zucker zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen. Dieses Vorhaben schien auch bei den bürgerlichen Rednern Zustimmung zu finden. Im Wirtschaftsausschuß sei dann ein Umschwung erfolgt. Das vorliegende Gesetz habe nur den Zweck, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Redner stellte den Antrag, einen Höchstpreis von 15 Mark pro Pfund zu beschließen und beantragte noch mal die Ansetzung der Sitzung, was von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurde.

Abg. Brückner führte aus, daß es im vergangenen Herbst möglich war, 180 000 Zentner Zucker zum Preise von 8,50 Mark pro Pfund

für die freistaatliche Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Durch Schuld der Regierung sei mit diesem Zucker müßte Spekulation getrieben worden. Es seien Gerüchte im Umlauf, daß Senator Jewelowski und der frühere Stadtrat Dr. Grünspan an den Zuckerfälschungen beteiligt seien.

Senatspräsident Dr. Heilmann wies die gegen den Senator Jewelowski erhobenen Anschuldigungen scharf zurück. Für die Ernährungswirtschaft trage der gesamte Senat die Verantwortung. Auch Dr. Heilmann wolle durch die Bänke des kaislichen Amtes nachweisen, daß wir in Danzig erheblich billigere Preise haben, als in den deutschen Großstädten. (Zuruf: Wie heißt es mit der Rohstoffpolitik?) Gegen die Wiedereröffnung der Zwangswirtschaft äußerte Redner Bedauern.

Die zwölf Todeskandidaten der Moskauer Blutjustiz.

Es ist wahrhaftig von Interesse, sich die Sozialrevolutionäre zu betrachten, denen Moskau das Schandmal der „Konterrevolution“ auf die Stirn drücken will. Da ist Abraham Goh. Seit zweiundzwanzig Jahren steht er inmitten der revolutionären Bewegung an hervorragender Stelle. Unter seiner unmittelbaren Leitung wurden die Attentate veranlaßt gegen den Minister des Innern Turbinow, ferner gegen General Min und Oberken Niemann, die Unterführer des Moskauer Aufstandes, gegen den Anführer des Aufstandes, den Moskauer Stadthauptmann Schumakov und den Vizepräsidenten des Volksdepartements Maschkorak. 1906 wurde er verhaftet und im folgenden Jahre vom Reichsgericht in Petersburg zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe wurde er 1915 nach Sibirien deportiert. Nach Ausbruch der Märzrevolution 1917 wurde er zum Vizepräsidenten des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, später zum Vizepräsidenten des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees, im November 1917 zum Mitglied der konstituierenden Versammlung gewählt. Am Mai 1920 wurde er von den Bolschewiki verhaftet und befindet sich seitdem ununterbrochen in Haft. Er ist noch nicht vierzig Jahre alt und dreizehn Jahre lang verbracht er hinter Kerkermauern und in sibirischer Verbannung.

Eugen Timofejew. Gleichfalls seit zweiundzwanzig Jahren in der revolutionären Bewegung. Zwölf Jahre verbrachte er im sibirischen Zuchthaus, fünf Jahre in der bolschewistischen Haft. Welt mehr als ein Drittel seiner Lebensjahre verbrachte er im Kerker. Michael Bendeimann, seit 1899 in der revolutionären Bewegung, erhielt langjährige Zuchthausstrafe und Deportation. Die Moskauer Arbeiter wählten ihn in den Vorstand ihres Arbeiterrates und später in den Vorstand des Allrussischen Zentralerexekutivkomitees. Seit anderthalb Jahren befindet er sich in bolschewistischer Haft. Dimitri Donskoi: seit einem Vierteljahrhundert lebt er in der revolutionären Bewegung, die er mit sechs Jahren Gefängnis und zweimaliger Deportation nach Sibirien büßte. Nach dem Ausbruch der Märzrevolution wurde er in den Petersburger Arbeiterrat gewählt. Seit März 1919 hallen ihn die Bolschewiken in Haft. Eugenie Maier: seit 1903 führendes Mitglied der Sozialrevolutionären Partei, der sie sechs Jahre Gefängnis ihres stützenden Lebens zum Opfer brachte. 1917 wurde sie in das Präsidium des Moskauer Arbeiterrates gewählt. Seit Dezember 1919 wird sie von den Bolschewiken hinter Kerkermauern gehalten. Leo Wernstein: seit dem Jahre 1898 in der revolutionären Bewegung tätig. Die Zarenjustiz verurteilte ihn viermal in Gefängnis und fünf Jahre in sibirischer Gefangenenschaft. 1920 nahm er aktiven Anteil an dem Sturz der konterrevolutionären Regierung Kollschak. Im April 1921 wurde er von den Bolschewiki verhaftet und nun zum Tode verurteilt. Nikolai Iwanow, erst vierunddreißig Jahre alt. Zehn Jahre sah er hinter zivilischen Zuchthausmauern. Die Märzrevolution befreite ihn. Von Kollschak verhaftet, entging er nur durch Mith dem drohenden Tod durch Erschießen. Im August 1921 wurde er von den Bolschewiken verhaftet. Michael Schacht, fünfunddreißig Jahre alt. Auch er verbrachte einige Jahre hinter zivilischen Kerkermauern und in sibirischer Deportation. Seit Januar 1921 halten ihn die Bolschewiken gefangen. Sergius Morosow, erst 34 Jahre alt. 1905 beteiligte er sich am Moskauer Aufstand. Zehn Jahre Zwangsarbeit hatte er hinter sich, als ihn 1917 die Märzrevolution befreite. Seit August 1919 befindet er sich in bolschewistischer Haft. Helena Kwanowa, erst 33 Jahre alt. Sie war Mitglied der revolutionären Kampforganisation und wurde wegen ihrer Tätigkeit im Jahre 1908 zu fristloser Zwangsarbeit verurteilt, von der sie erst die Märzrevolution 1917 befreite. Nicht lange darauf wurde sie von den Bolschewiken hinter Kerkermauern begabten. Nur Wladimir Kaganow entging den zivilischen Gerichten. Dafür wurde er von den Bolschewiken seit 1918 dreimal verhaftet und am Ende zum Tode verurteilt.

Diese Männer und Frauen (Moskau läßt auch Frauen hinstellen), die ihrer revolutionären Ueberzeugung so schwere Opfer gebracht haben, wegen die Bolschewiken als „Konterrevolutionäre“ aufrichten und Henckshänden zu übergeben! Diese Männer und Frauen wegen die Moskauer Goldschmelzer als „selige Verräter“ hinzustellen und ihre Verurteilung zum Tode zu verteidigen. Wie überlassen es den Arbeitern, das veredelte Urteil zu fällen.

Kürkliche Pensionen.

Während des Krieges haben unsere Monarchisten die Menschheit eingeteilt in „Händler“ und „Geld“. Natürlich kamen als „Geld“ nur die Monarchisten, die Kaiser, die ablichen Offiziere, die Prinzen, die Fürsten und die Könige in Frage. Die große Masse des Volkes wurde als minderwertig betrachtet, die nur den materiellen Interessen nachginge.

Eine hübsche Illustration zum „Geldentum“ dieser Prinzen und Fürsten liefert das Kapitel von der Jagd nach den Pensionen. Da ist der frühere Herzog von Anhalt von Wernigerode. Er beansprucht eine Pension als Generalinspektor. Da ist der frühere Prinz Oskar von Preußen, der sich beschwert, daß er sein Gehalt als Brigadeführer für das letzte Vierteljahr 1918 noch nicht erhalten habe. Da ist der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern, der eine Pension als Generaloberst beansprucht.

Zum Golde drängt, am Golde hängt doch alles. Wie man sieht, auch die „Geld“ der Aldeutschen und die Götzen des neuesten Monarchistenrummels. Daß sich diese Herren nicht schämen! Sie sind auf Pensionen aus wie der Teufel auf eine arme Seele. Die Herren sollten doch nicht vergessen, daß das Volk, das heute hungert und schwer arbeiten muß, nur mit einem Gefäß des Geldes diese Jagd der Prinzen und Kronprinzen auf die Pensionen betrachten kann. Oder meinen die Herren vielleicht, sie könnten sich in der deutschen Republik ebenso wie im kaiserlichen Deutschland mit nichts die Groschen der Steuerzahler in die Taschen schleichen lassen? Freilich, früher war das ja wunder schön; da hat terner famose Prinz Albrecht von Preußen, der trotz seines verkrüppelten Fußes mit 10 Jahren Leutnant wurde und wegen eines Liebesverhältnisses nach Südwestafrika abgeschoben wurde, lebenslängliche Pension und Kriegszulage zugesichert bekommen. Wohin? Das wissen die Götter.

Schon bei der Beratung des Pensionskürzungs-gesetzes zeigte sich, daß es Zeit ist, die Pensionen unter die schärfste Kontrolle zu nehmen. Vielleicht geben die Dreißigjährigen der Herren Prinzen und Kronprinzen neue Gelegenheiten, in die ganze Pensionsfrage einmal gründlich hineinzusehen.

Festsetzung einer Altersgrenze für Reichsbeamte

Dem Reichstag wird in den nächsten Tagen der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer Altersgrenze für Reichsbeamte zugehen. Das Gesetz will den Paragraph 60 des letzter immer noch in Kraft befindlichen Reichsbeamtengesetzes von 1878 in der Weise ändern, daß Reichsbeamte mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand versetzt werden. Für die richterlichen Reichsbeamten sollen die genannten Termine nach der Vollendung des 68. Lebensjahres in Betracht kommen. Hinter dem Paragraph 60 soll ein neuer Paragraph eingefügt werden, der die Versetzung in den Ruhestand um ein Jahr hinauschiebt, wenn besondere Interessen des Reiches die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Reichsbeamten erfordern.

Die Reichsbeamtenorganisationen sollen gutachtlich über den Entwurf geäußert werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden im allgemeinen mit dem Gesetzentwurf einverstanden sein können. Er bringt

dem Nachwuchs in der Beamtenchaft mehr Aussichten, planmäßige Stellen zu besetzen, als das augenblicklich der Fall ist. Außerdem dürfte auch eine Verjüngung des Beamtenkörpers und damit die Demokratisierung der Verwaltung erheblich beschleunigt werden.

Die Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner

Ist von der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen beantragt worden. Der Reichsarbeitsminister wird ersucht, dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages gemäß dem Ermächtigungsgesetz schleunigst eine Vorlage zur Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner zugehen zu lassen. Das Ersuchen wird mit der fortgesetzten Entwertung der Mark und der damit steigenden Not der Sozialrentner begründet.

Bereinigungen mit den Bergarbeitern.

Bei den gestrigen Verhandlungen über die von den Bergarbeitern geforderten Lohnerhöhungen sowie über die Wiedereinführung von Ueberschichten erzielten sich die Verbände zunächst für das Ruhrgebiet dahin, daß am Ausgange der im September zu erwartenden Teuerung eine Erhöhung der Schichtlohn um durchschnittlich 140 Mark zu gewähren sei, ein weiterer Betrag von 140 Mark soll in der zweiten Hälfte des August gewährt werden.

Ferner wurde eine Einigung mit den Bergarbeitern über die Regelung der Arbeitszeit erzielt. In Würdigung der außenpolitischen Lage und der Bedürfnisse Deutschlands werden die Bergarbeiter des Ruhrgebiets vom 1. September an bis auf weiteres an drei Tagen der Woche im Anschluss an die regelmäßige Schicht je zwei Ueberstunden machen. Für die Mehrarbeit wird ein Lohnzuschlag von 50 Prozent bezahlt, der aber nicht durch Erhöhung des Kohlenpreises gedeckt werden soll.

Aufhebung der bayerischen Verordnung.

Die aus Anlaß der Schutzgesetzgebung seitens der Reichsregierung von der bayerischen Regierung erlassene Notverordnung vom 24. Juli ist mit Wirkung vom 24. August aufgehoben worden.

Ueber die Umäufungen zwischen Berlin und München wird noch gemeldet: Bei den Besprechungen der Reichsregierung mit den beiden bayerischen Ressortministern hat die Reichsregierung die gewünschten Aufklärungen gegeben, aber weitergehende Wünsche abgelehnt. Ein bayerischer Senat wurde abgelehnt, aber die Ernennung der Mitglieder des süddeutschen Senats soll im Benehmen mit den Landesregierungen erfolgen. Bei der Ausübung des Begnadigungsrechts stellte der Reichspräsident eine Rücksichtnahme mit den Landesregierungen in Aussicht.

Ein Amerikaner in Polen verprügelt. Unter den jüngsten Ausbreitungen in Katowitz hatte auch ein amerikanischer Bürger zu leiden, der über sein Erlebnis in einem Telegramm an die amerikanische Botschaft in Berlin berichtet, das folgenden Inhalt hat: Ich, der amerikanische Bürger Oscar Haas aus Brooklyn, wurde bei der Durchreise von Warschau nach Amerika in Katowitz verprügelt und beraubt. Schutz von der polnischen Polizei vermochte ich, trotzdem ich mich als Amerikaner auswies, nicht zu erlangen. Polizeibeamte haben mich ebenfalls verprügelt und beraubt. Ich bin in Deutchen und ersuche um sofortigen Schutz.

Das Ende Enver Paschas. Die „Times“ melbet aus Beshawar, die letzten Nachrichten bestätigten den Zusammenbruch der Streitkräfte Enver Paschas. Mitte Juli habe er sich in die Berge von Darwas in Buchara zurückgezogen. Die republikanische Regierung in Buchara sei unter strenger Sowjetkontrolle wiederhergestellt worden.

Fünf-Dollar-Tragik.

Der Lebensfilm eines amerikanischen Kinostars.

Der Film gibt sich oft die vergebliche Mühe, als Leben zu erscheinen. Und dann kommt die Wirklichkeit und gleicht das Manne aus, macht aus dem Leben einen Film. Nicht anders als ein Film und nicht gerade als der beste, erfüllt von krassen Neuheiten und sentimentalen Mühseligkeiten, mußt der Lebenslauf des amerikanischen Filmstars Gatty sein. Noch vor ganz kurzer Zeit stand er im Zenith seiner Popularität, war er Amerikas Liebling, europäische Begeisterungsfähigkeit reicht nicht hin, um sich über den Ruf nach zu werden, den das nächste Amerika mit diesem Mann getrieben hat. Unser Starenkultus ist nicht die Keilspitze gegen den Nimmal, den Amerika mit Gatty trieb. Er war tatsächlich der Liebling der neuen Welt, die ihn vergötterte. Es sind knapp fünf Jahre her, da war Gatty ein kleiner, schlanker Mensch, der in der Woche redlich und mit Schweiß und Mühe fünf Dollar verdiente. Dann kam der plötzlich in rasendem Tempo aufwärts kimmende Aufstieg.

Dieser arme, vom Leben vergessene Aushenker, dieser kleine Fünf-Dollar-Mensch wurde für den Film entdeckt. Er brachte alles mit, was man für diese Kunst, die vom Objekt ausgeht und also, photographisch wenigstens, auch objektiv sein muß: ein hübsches Gesicht, eine natürlich-ausdrückliche Beweglichkeit, ein unverdorbenes, hartes, intensives Spielzeug. So, als der Typ des charmananten Bengels haben ihn unzählige Bewegungsbilder festgehalten. Die beste Gesellschaft erlösch sich ihm. Romanhafte Abenteuer mischwirren sein Tagewerk. Sein Weg war mit Rosen bestreut, und ihm, dem Mann, der mit fünf Dollar begonnen hatte, flossen die Millionen zu. Er hat es nicht verstanden, von diesen Millionen einen auch nur halbwegs vernünftigen Gebrauch zu machen. Gatty warf das Geld nicht nur mit vollen Händen zum Fenster hinaus, er vergebte es in geradezu krankhafter Verschwendungssucht. Auch seine Ehe mit einer vornehmen Amerikanerin — es bedeutete einen gesellschaftlichen Erfolg, die Frau dieses

Schauspielers zu sein, vor dessen Ruhm der Ruhm Charlie Chaplins verblasste — auch diese Ehe konnte ihn vor seiner Verschwendungssucht nicht beschützen.

Dann kam das Verhängnis, Gatty, der dank seiner Popularität fast außerhalb des Gesetzes sich stellen zu dürfen glaubte, wurde in einen bösen, bösen Prozeß verwickelt. Danach soll er an dem Tode einer jungen Filmschauspielerin Schuld getragen haben. Das amerikanische Gesetz hat Gatty nicht verurteilen können. Er sah lange, sehr lange in Untersuchungshaft. Und als man ihm den Prozeß machte, wurde er freigesprochen. Der Todeserfolg konnte nicht mit absoluter Sicherheit auf Gattys Tat zurückgeführt werden.

Gatty ist frei. Aber er ist ausgelöscht aus dem amerikanischen Leben für immer. In ganz Amerika und im gesamten zur Entente gehörigen Europa darf kein Gattysfilm gezeigt werden. Die Kopien mit Gattysrollen verderben — es gibt keinen Gatty mehr. Nur wir in Deutschland jubeln sein Werk, denn wir sind ein wenig spät daran.

Gatty aber ist am Verhungern. Der Krösus der amerikanischen Filmstare geht betteln. Unter anderem Namen, mit verändertem Gesichtsausdruck, in einer Maske, die ihm das Leben bittert hat, ist er jetzt in irgendeinem Betrieb untergekröhen. Amerikaner, die eben nach Deutschland kamen, erzählten von Gattys Ende. In einem kleinen, wellverschlagenen Städtchen vegetiert er — und verdient, mühselig, im Schweiß seines einst so hübschen, jetzt von Not und Gramen zerfetzten Angesichts — wieder fünf Dollar. Der Kreis ist geschlossen. Mit fünf Dollar begann dieses leuchtende Leben, das der hemmungslose Mensch nicht zu nützen wußte. Mit fünf Dollar schließt es. Der Film ist nicht immer Leben — aber das Leben ist ein Film.

Gerhart Hauptmanns Ritter Adlerorden. Genosse Konrad Haensch erzählt in seinem Werk über „Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk“, das er soeben bei J. S. W. Drey Nachf. Berlin erscheinen läßt, folgende Anekdote: Die tief verübte Stimmung Hauptmanns wurde nicht einmal gemindert durch den schlechten Scherz, den sich Wilhelm II. mit dem Einsatz erlaubte, in der Stunde väter-

ländischer Not wie dem Dichter Dehmel so auch dem Dichter Gerhart Hauptmann plötzlich einen preussischen Orden zu überreichen. Des Ritters Adlerordens dritter Klasse, den jeder Kavaleier nach sonderbar brav gedienten Jahren erhielt, wurde der Dichter des „Kortan Gener“ nur für würdig erachtet. Derselbe Dichter, dem derselbe Wilhelm II. zweimal den von allen Sachverständigen einmütig für Hauptmann geforderten Schiller-Preis verweigert hatte. Hauptmanns erster Gedanke war natürlich, die Gabe ohne ein Wort dem Geber zurückzuweisen, dessen Geschmacklosigkeit sich hier selbst übertroffen hatte. Er hat die famose „Auszeichnung“ dann aber doch in seine Sammlung von Kuriositäten eingereiht, die auch sonst noch manches seltsame Stück enthält.

Eine musikalische Internationale. Wie aus Salzburg berichtet wird, ist dort nach Beendigung der Salzburger internationalen Kammermusikspiele unter dem Vorsitz des englischen Musikgelehrten Professor Dr. Dent (London) eine internationale Gesellschaft für neue Musik ins Leben gerufen worden. In das vorbereitende Komitee wurden gewählt: Professor Tonnegli, Dr. Saraghiner (Amerika), Professor Dr. Weiskmann, Dr. Schulz-Dornburg, Hindemith (Deutschland), Dr. E. Steinhard, Dr. W. Stephan (Tschechoslowakei), Professor Dent, Dr. Evans (England), A. Janogger, E. Milhaud (Frankreich), M. Gatti (Italien), Dr. D. Damisch, Dr. P. Stepan, Dr. E. Witt (Österreich), Salazar (Spanien), N. Panerik (Dänemark), B. Baris (Ungarn), Gatta (Finnland).

Um die Einheitsknotenographie. Die Einographen der Richtung Stojze-Schrey, die in Eisenach tagten, erklärten sich mit dem Entwurf der Einheitsknotenographie nicht zufrieden und wünschen die Fortführung der Verhandlungen, um das auch von ihnen erstrebte Ziel der Einheitsknotenographie in zufriedenstellender Weise bald zu erreichen.

Ein Erzberger-Denkmal hat die Stadt Bleiberg errichten lassen, das am 25. August, dem Jahrestage seiner Ermordung, enthüllt wird. Das Denkmal trägt folgende Inschrift: „Niemand hat eine größere Liebe als der, der sein Leben hingibt für seine Freunde.“

Der Volkstag und die Teuerungskatastrophe

Gesetliche Bekämpfung des Zuckersuchers. — Ungenügende Maßnahmen. — Beschlagnahme ohne Preisfestsetzung. Die weiteren Gesetze dem Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Die bevorstehende Aussprache über die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Teuerung hatte einen guten Besuch des Hauses veranlaßt. Die Bänke der Abgeordneten wiesen nur wenige Lücken auf. Auch die Buhrenztribüne war fast besetzt.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde der Antrag des Senats auf Strafverfolgung der Abgeordneten Maube und Ueberjohn dem Rechtsausschuss übergeben. Verschiedene Eingaben wurden nach den Vorschlägen der Ausschüsse erledigt. Der Gesetzentwurf betr. die Erhöhung der Besätze der Sozialrenten ging an den Sozialne Ausschuss.

Nunmehr standen die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe zur

Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers

zur Beratung. Es wurde beschlossen, die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe betr.

Schutz der Bevölkerung vor dem Zuckersucher und Sicherstellung der Ernährung der freistaatlichen Bevölkerung mit Milch, Butter und Käse für 1922/23 und den sozialdemokratischen Antrag auf Erlass eines Ausfuhrverbots für Vieh, Fleisch und Wursthwaren und Festsetzung von Höchstpreisen zusammen zu beraten.

Abg. Gen. Arczynski

sprach als erster Redner. Die vorliegenden Gesetze haben den Zweck, die freistaatliche Bevölkerung vor Ausbeutung zu schützen. Eine ungeheure Vertenerung macht sich auf allen Gebieten breit. Geradezu

skandalös ist die Preissteigerung beim Zucker.

Die freistaatliche Zuckerernte betrug im vergangenen Jahre 800 000 Zentner. Unter Zugrundelegung von 30 Pfund pro Kopf der Bevölkerung wären etwa 150—180 000 Zentner verbraucht. Ein großer Teil des Zuckers muß sich also noch in den

Händen der Händler

befinden. Im Vorjahr betrug der Zuckerspreis 5 Mark pro Pfund; jetzt werden 50—60 Mark im Einzelhandel verlangt. Der Zuckerspreis wird noch weiter steigen und es wird nicht lange dauern, dann muß die Bevölkerung 100 Mark für ein Pfund Zucker zahlen. Ich frage Sie, ob Sie wissend sind, den Wucher ernstlich zu bekämpfen. Um den Wucher einzuschränken, hat die Sozialdemokratische Fraktion die vorliegenden Gesetze eingebracht.

Händler und Unterhändler werden auf das Steigen des Dollars hingewiesen. Das Sinken der Mark ist keine Begründung für die wucherischen Preissteigerungen mit dem Zucker aus der vorigen Ernte. Der Zucker stammt nicht aus dem Ausland, sondern ist zu den alten Weltmarktpreisen im Freistaat hergestellt worden. Nach herrscht keine Zuckersknappheit, denn es konnten noch große Mengen ausgeführt werden.

Diesem skandalösen Zustande muß ein Ende gemacht werden. Wir verlangen deshalb im vorliegenden Gesetz die Beschlagnahme des Zuckers

und seine rationierte Abgabe zum Preise von 8 Mark pro Pfund an die Bevölkerung. Ausschussberatungen sind nicht erforderlich. Wir erwarten, daß dem Gesetz zugestimmt wird, damit den Zuckersuchern das Handwerk gelegt wird. Recht muß der Volkstag zeigen, ob es ihm ernstlich um die Bekämpfung des Wuchers zu tun ist. Sehe den Händlern und Wucherern, wenn die

Erbitterung der Danziger Arbeiterschaft

auf das höchste gestiegen ist. Pflicht des Senats ist es, die Bevölkerung vor Ausbeutung zu schützen. Er hat hierin versagt.

Bei Milch und Butter macht sich der gleiche Wucher bemerkbar.

Vor Eintritt der Ferien hat der Volkstag ein Ausfuhrverbot für Milchprodukte erlassen. Trotzdem wurde fastig weiter Käse produziert und große Läger angefüllt, in der Hoffnung, daß durch Freigabe der Ausfuhr riesige Gewinne in die Tasche gesteckt werden könnten. Dem Wirtschaftsausschuss lag bereits der Antrag auf Genehmigung der Ausfuhr von 5 Waggons Käse vor. Der Käse sollte angeblich nach Oberböhmen gehen, um den Deutscher von Kohle zu ernählichen.

Die Milch ist weiter stark verteuert worden.

Ebenso sind die Butterpreise in die Höhe gestiegen. Erträgliche Zustände lassen sich nur schaffen, wenn wieder Höchstpreise für die einzelnen Artikel festgesetzt werden.

Die Fleischpreise

haben eine Höhe erreicht, die einem großen Teil der Bevölkerung den Genuß von Fleisch und Fleischwaren unmöglich macht. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich seitherzeit vergeblich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft gewandt. Seitens der Befürworter der freien Wirtschaft wurde reichliches und billiges Fleisch versprochen, wenn die Zwangswirtschaft beseitigt würde. Die Versprechungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Auch hier kann von einem Wucher gesprochen werden.

Der Senat muß erklären, ob tatsächlich innere Danziger Wirtschaftsmassnahmen von der Zustimmung der polnischen Regierung abhängig sind. In den bestehenden Verträgen findet diese Ansicht keine Stütze.

Es ist Pflicht des Senats, Maßnahmen gegen die Teuerung und den Wucher zu treffen.

Wenn er nicht in der Lage ist, dem Volke das tägliche Brot zu geben, hat er seine Existenzberechtigung verloren. Was hat er bisher geleistet? Der Senat hat Versprechungen über Versprechungen gegeben; davon ist niemand satt geworden. Bei der Wirtschaftspolitik des Senats hat das

wirtschaft hat gute Geschäfte gemacht. Die Kontingentwaren sind dem Händlerium sehr unfairen gekommen. Dem Publikum haben sie keine Erleichterung gebracht. Die Kontingentwaren, die das Deutsche Reich zu Vorzugspreisen nach Danzig herbeiführt, sind von Ausländern wieder hinausgeschafft worden. Die Danziger hatten das Nachsehen. Letzterreich leidet unter dem gleichen Mißstand und da heißt es:

Schluß mit dem Fremdenverkehr,

der mit dazu beiträgt, die Lebensmittelpreise zu steigern und der einheimischen Bevölkerung alles fortlaufen. (Lebhafte Zustimmung)

Hilfe ist dringend notwendig. Es müssen Preise festgesetzt werden, wobei auch der Handel und der Produzent beisehen kann. Die Bevölkerung Danzigs ist mit dem Wirken der bürgerlichen Volkstagsmehrheit nicht einverstanden. Wenn Sie wirklich den Willen haben, die Bevölkerung vor dem Hunger zu bewahren, dann stimmen Sie unserem Antrag zu. Nur dadurch kann verhindert werden, daß die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greift. Es handelt sich hier um das notwendige Lebensrecht des Volkes.

Das Steuen mit dem Dollar

kann die Arbeiterschaft nicht mitmachen. Wenn der Arbeiter von seinem Unternehmer die Bezahlung nach Dollar verlangen würde, schloße man einfach die Betriebe Danzigs. Danzigs Wirtschaftsgeschichte ist an einem Wendepunkt angelangt. An den Senat richte ich die ernste Warnung, die Dinge so weiter gehen zu lassen wie bisher. (Lebhaftes Bravo! links.)

Senator Jewelowski antwortete auf die Anfrage des Abg. Gen. Arczynski über die Abhängigkeit Danzigs von Polen in bezug auf die Lebensmittelverordnungen, daß Danzig seine Wirtschaftspolitik so führe, wie es für Danzig als zweckmäßig erachtet werde. Ein Ausfuhrverbot für Vieh sei nicht möglich, die Einfuhr polnischen Viehs sei stark gestiegen, nahezu die Hälfte alles Schlachtviehs stamme aus Polen.

Redner kam dann auf die Zuckerversorgung zu sprechen und für die den Ausführungen des Abg. Gen. Arczynski über den Zucker vorjähriger Ernte zu. Es sind 180 000 Zentner Zucker zur Versorgung des Freistaates bereitgestellt worden, was für ein Jahr vollkommen ausgereicht hätte. Um eine Ausfuhr des Zuckers nach Polen zu verhindern, sei ein Ausfuhrverbot erlassen worden. Der Zucker sei dann dem Handel übergeben worden, habe häufig seinen Besitzer gewechselt und sei stark im Preise gestiegen. (Zuruf: Kettenhandel!) Angesichts der ungeheuren Preissteigerungen habe der Senat den Gedanken erwogen, den gesamten im Freistaat vorhandenen Zucker zu beschlagnahmen. Das sei aber nur möglich gewesen, bei Zahlung des recht beträchtlichen Preises, den die Eigentümer des Zuckers beim Einkauf gezahlt haben. Nach der Verfassung sei der Senat nicht in der Lage, den Zucker alter Ernte zu einem von ihm festgesetzten Preise zu beschlagnahmen. Für die

neue Zuckerernte

seien jedoch einschneidende Maßnahmen getroffen worden. Vom Senat sei ein Gesetz ausgearbeitet worden, nach dem von der neuen Ernte 100 000 Zentner Zucker zum Preise von 15 Mark pro Pfund von den Fabriken übernommen werden und den Kommunen zur Verteilung an die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollen. Von Oktober ab soll dieser Zucker auf Karten abgegeben werden. (Zuruf: Bis dahin sollen wir warten?) Der Preis soll

30 Mark pro Pfund nicht übersteigen.

Weitere 100 000 Pfund Zucker sollen den Konsumgenossenschaften und den großen Einkaufsgenossenschaften überwiesen werden, die über dessen Verbleib Nachweis zu führen haben. Die aus der neuen Ernte noch übrigbleibenden 800 000 Zentner sollen zur Ausfuhr freigegeben werden, doch werde hierfür vom Staat eine Vergütung von 10 Prozent gefordert werden. Diese Regelung bedeute für die beteiligten Kreise ein großes Opfer, das man auf etwa 500 Millionen Mark beziffern dürfe. Diese Regelung werde sicher auch drückend auf die Preise aus der alten Zuckerernte wirken.

Das staatliche Amt.

Die Ausführungen des Abg. Gen. Arczynski bezüglich des Verlangens der Wirtschaftspolitik des Senats, gläubte Redner durch Schließen des staatlichen Amtes widerlegen zu können. (Zuruf: Die Danziger Statistik ist eine amtliche Ange!) Danzig hat billigere Preise als die Nachbarstädte. (Lebhafter Widerspruch.) Es werde behauptet, daß er (Jewelowski) durch die Holzpreisteigerungen infolge des Holzarbeiterstreiks 10 Millionen Mark verdient habe. Das sei nicht wahr, er habe großen Schaden dadurch gehabt. (Zuruf: Warum habt Ihr denn nicht bewilligt!)

Abg. Wöhrer (Dtl.) war ebenfalls der Ansicht, daß gegen den Zuckersucher etwas geschehen müsse. Er erklärte sich in dieser Hinsicht mit den Ausführungen des Abg. Arczynski vollständig einverstanden. Das Emporsteigen des Zuckerspreises sei lediglich das Werk gewissenloser Spekulanten. Auch frühere Stadträte nichtbürgerlicher Parteien seien daran beteiligt. Es müsse unbedingt sofort etwas geschehen; einer Beschlagnahme des Zuckers stehe die Deutschnationale Fraktion nicht ablehnend gegenüber; vor allen Dingen müssen die Grenzen scharf bewacht werden.

Abg. Schmidt (Dtl.) vertrat den Standpunkt, daß die vom Senat vorgeschlagenen Mittel nicht durchgreifend sind. Es dürfe nicht bis zur neuen Ernte gewartet werden, sondern sofort eingegriffen werden. In den Mäslinereien und Speichern seien noch große Mengen Zucker vorhanden. Redner rief die bestkämpften Parteien gegen den Senator Jewelowski und beschloß sich in längeren Ausführungen mit dem Besuche Sinsendurgs in München.

Abg. Senke (Dtl.) begrüßte es dankbar, daß die Sozialdemokratische Fraktion den Stein ins Rollen gebracht

habe. Danzigs Bevölkerung leide schwer unter dem Wucher. Welche Preise sind in erster Sorge um ihren Lebensunterhalt. Die sozialdemokratischen Anträge finden nicht nur in der Deutschen Partei, sondern in der ganzen Bevölkerung Zustimmung. Die Deutsche Partei werde dafür eintreten, daß das Gesetz über die Beschlagnahme des Zuckers noch in der laufenden Sitzung verabschiedet werde. Die Preisfrage könne später geprüft werden. Es müßte noch festgestellt werden, ob mit dem Zucker nicht Kettenhandel getrieben worden sei. Die Schuldigen müßten schwer bestraft werden.

Abg. Gen. Arczynski stellte fest, daß das Haus einig darüber ist, daß etwas geschehen müsse, nur über Einzelheiten eintreten, daß das Gesetz über die Beschlagnahme des Zuckers noch in der laufenden Sitzung verabschiedet werde. Die Preisfrage könne später geprüft werden. Es müßte noch festgestellt werden, ob mit dem Zucker nicht Kettenhandel getrieben worden sei. Die Schuldigen müßten schwer bestraft werden.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte der Abgeordnete Pahlser (Dtl.) mit, daß der Wirtschaftsausschuss an Stelle des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes folgendes

Zucker-Notgesetz

beschlossen habe. Der Gesetzentwurf sei wohl von gangbarer Grundlage, bedürfe aber eingehender Beratung. Der Antrag der Linken, einen Höchstpreis von 15 Mark pro Pfund zu beschließen, sei von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt worden.

Das Notgesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sind im Jahre 1922 10 000 Zentner Zucker sicherzustellen. In diesem Zwecke wird der im Gebiete der Freien Stadt Danzig vorhandene Zucker beschlagnahmt. Allen natürlichen und juristischen Personen wird verboten, über den beschlagnahmten Zucker zu verfügen, insbesondere ihn zu verkaufen oder aus dem Besitz oder Gewahrsam zu entfernen, in dem er sich befindet. Die Ausfuhr von Zucker ist verboten.

§ 2.

Von der Beschlagnahme befreit sind Mengen bis zu drei Zentner, die sich im Besitz oder Gewahrsam einzelner Personen befinden. Dem Einzelhandel mit offenem Laden ist auf jeden Fall gestattet, auf jede Prokante wöchentlich ein Kilo Zucker zu verkaufen, sofern der Verkauf unter Beteiligung der Unterschrift des Verkäufers auf der Prokante vermerkt ist. Von der Beschlagnahme ausgeschlossen ist ferner derjenige Zucker, der nachweislich aus dem Auslande gekommen ist oder kommt, um ausgeführt zu werden. Inländischer Zucker darf in Zuckerfabriken, Zuckermaschinenfabriken und Zuckerraffinerien nicht verarbeitet werden.

§ 3.

Zu widerhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 200 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4.

Die näheren Maßnahmen zur Ausführung dieses Gesetzes trifft der Senat.

§ 5.

Dieses Gesetz ist spätestens bis zum 10. September 1922 durch ein endgültiges Gesetz zu ersetzen. Es tritt mit diesem Tage außer Kraft.

§ 6.

Dieses Gesetz tritt am 24. August 1922 in Kraft.

Abg. Schmidt (Dtl.) versprach sich von dem Notgesetz wenig Erfolgs. Dadurch, daß die bürgerliche Mehrheit beschlossen habe, den Auslandszucker nicht zu beschlagnahmen, werde es in Danzig

nur noch Auslandszucker

geben. Ein Fehler sei es auch, daß mit Rücksicht auf die Personen die bisher mit dem Zucker gewuchert haben, ein Höchstpreis nicht festgesetzt worden sei. Die Kommunistische Fraktion könne einem solchen Gesetz nicht zustimmen. Redner gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Stimmung in den bürgerlichen Parteien so schnell umgeschlagen ist.

Abg. Vlettner (U.S.P.) erklärte, daß der sozialdemokratische Antrag den Zweck verfolgt, der Bevölkerung Zucker zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen. Dieses Vorgehen schließe auch bei den bürgerlichen Rednern Zustimmung zu. Im Wirtschaftsausschuss sei dann ein Umschwung erfolgt. Das vorliegende Gesetz habe nur den Zweck, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Redner stellte den Antrag, einen Höchstpreis von 15 Mark pro Pfund zu beschließen und beantragte noch malige Rücksicht zu betonen, was von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurde.

Abg. Brieskorn führte aus, daß es im vergangenen Herbst möglich war, 180 000 Zentner Zucker zum Preise von

3,50 Mark pro Pfund

für die freistaatliche Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Durch Schuld der Regierung sei mit diesem Zucker wilde Spekulation getrieben worden. Es seien Gerüchte im Umlauf, daß Senator Jewelowski und der frühere Stadtrat Dr. Grünpan an den Zuckerschiebungen beteiligt seien.

Senatspräsident Dr. Niesch wies die gegen den Senator Jewelowski erhobenen Anschuldigungen scharf zurück. Für die Ernährungswirtschaft trage der gesamte Senat die Verantwortung. Auch Dr. Steim wies durch die Zahlen des staatlichen Amtes nach, daß wir in Danzig erheblich billigere Preise haben, als in den deutschen Großstädten. (Zuruf: Wie steht es mit der Lohnpolitik?) Gegen die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft äußerte Niesch Bedenken.

Senator Demelawski erklärte in hiesiger Sitzung, daß der gegen ihn erhobene Vorwurf der Unterschlagung jeder Verjährung unbegründet sei.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt. Ein Antrag wurde angenommen, daß die Wahl zum Reichstagen im August 1907 beantragt wird.

Der Sprung in die Welt

Ein Jugendroman von Arthur Hildner.

Der Herr Pfarrer sprach sich seinen Ansehen und sagte: „Selig sind die Armen, denn das Himmelreich ist ihnen, und selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erbreich besitzen. Töffen wollen wir nicht eingedenk sein auf unserer Lebensbahn. Damit wollen wir für heute schließen.“

„Hallo Onfreder! Halle die Luft an!“ schrie Rudi und ging auf den Hügel zu. „Huh“, antwortete Onfreder und seine Röhre blühten aus dem dunkel bemalten Gesicht. „Was hat der Rechtsmann gesagt? Hat er den Donner Manitou auf mein Haupt beschworen? Sprich, Gefährte meiner Platte, es soll ihm kein Haar gekrümmt werden.“

beiden legten ihr Vermögen in Schaufelmarken an, nahmen jeder ein Mädel mit in die Schiffe und wetteten, wer zuerst oben sei. Die Lampen schlangen und der Sternenhimmel bäumte sich über ihnen, der Leiterkasten sang Fröhlichkeit und süße Melancholie ins Blut, die Gesichter der Mädchen waren heiß und naß, Haare und Kleider flogen.

Die Danzig-polnischen Streitfragen in Genf.

In den letzten Tagen haben unter dem Vorsitz des Oberkommissars des Völkerbundes Sir Richard Dalling eine Reihe von Verhandlungen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig, vertreten durch den Präsidenten Sahm, und der diplomatischen Vertretung der Republik Polen, vertreten durch den Minister von Pluchnick, stattgefunden. In den Verhandlungen wurden die meisten zwischen Danzig und Polen stehenden Streitfragen erörtert, die von der einen oder anderen Seite der Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes unterbreitet waren oder bei denen gegen eine solche Entscheidung Appell an den Rat des Völkerbundes eingelegt war. Es wurde hierbei festgestellt, dass für die Verhandlungen in Genf zwecks Entscheidung durch den Rat des Völkerbundes folgende Angelegenheiten in Betracht kommen:

- Kontrolle und Verwaltung der Wechsel auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig,
- Ueberlage für polnisches, durchgehendes Arleasnerat für Danziger Hafen,
- Port d'attache (Anlegeshafen) für polnische Arleasnerat im Danziger Hafen.

Alle diese 3 Punkte haben bereits in früheren Tagen den Rat des Völkerbundes beschäftigt. Es ist in Aussicht genommen, dass zunächst am Montag nächster Woche Vorverhandlungen unter Teilnahme von Vertretern des Generalsekretärs des Völkerbundes stattfinden. Präsident Sahm bezieht sich an diesem Zweck heute Abend nach Genf.

Kommunistische Anträge zur Teuerung.

Im Anschluss an die von der Sozialdemokratischen Fraktion dem Volkstag vorgelegten Gesetzentwürfe und Anträge zur Bekämpfung der Teuerung hat nunmehr auch die kommunistische Fraktion noch einige Gesetzentwürfe eingebracht. Zunächst wollen sie das Getreidemessgesetz ausgehoben wissen. Dafür soll die gesamte Getreideernte beschlagnahmt und die im Umlagegesetz festgesetzten Preise als Höchstpreise für sämtliches Getreide gelten. Im Umlagegesetz waren den Landwirten bekanntlich 15 000 Tonnen zur Abgabe an den festgesetzten Preisen angesetzt. Der kommunistische Antrag dürfte bei dem diesjährigen Ergebnis der Ernte wohl kaum eine nennenswerte Veränderung in der erfassten Menge darstellen. Bemerkenswert ist nur, dass die Kommunisten jetzt die gleichen Preise festgesetzt wissen wollen, gegen die sie noch vor wenigen Wochen die sozialdemokratischen Parteien, als diese gegen die Deutschnationalen dem Umlagegesetz zur Annahme verhalten, als Brotverleurer beschimpften. Kommunistische Taktik!

Weiter hat die kommunistische Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Beschlagnahme (?) des N Lydbleichs, der Schweine und Schafe ausdrückt. Das aus der Beschlagnahme gewonnene Fleisch soll auf 3 Arten verteilt werden und sind Höchstpreise für Fleisch von 20-22 und für Wurst von 20-28 Mark vorgeschlagen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat demgegenüber bekanntlich beantragt, zunächst ein Ausfuhrverbot für Fleisch und Fleisch zu erlassen, da eine Beschlagnahme lebender Vieh- der Praxis schwierig sein wird. Nach Erlass eines Ausfuhrverbotes müssen selbstverständlich Höchstpreise festgesetzt werden. Ob die Biedererführung des unehelichen und sozialistischen Marktsystems notwendig ist, dürfte die Praxis ergeben. Bei den ausreichenden Viehbeständen im Freistaat erscheint das kaum nötig und überflüssig. Sollen die Maßnahmen gegen die Teuerung gewiss nicht unpraktischer als notwendig gemacht werden.

Überdies ist noch ein Gesetzentwurf zur Regelung der Kartoffelversorgung eingebracht. Der Volkstag wird sich heute nachmittags mit den noch unerledigten sozialdemokratischen und den neuen kommunistischen Anträgen beschäftigen und sie wahrscheinlich dem Wirtschaftsausschuss überweisen, dem es vorbehalten bleiben muss, die zweckmäßigsten Maßnahmen in ihren Einzelheiten festzusetzen. Bei der politischen Zusammenfassung des Volkstages hängt das selber in aussehender Weise von den bürgerlichen Parteien ab, die sich meistens noch immer nicht für durchgreifende Maßnahmen zu haben sind. Hier wäre es Aufgabe der werktätigen Anhänger, besonders der Deutschen und Zentrumspartei, energisch nachzuhelfen.

Ueber die Teilnahme Danzigs an internationalen Konferenzen.

Hat der Oberkommissar jetzt eine Entscheidung getroffen. Danach soll Danzig gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles oder der Konvention vom 9. November 1920 nicht das Recht auf Besondere Vertretung und besondere Stimme bei internationalen Konferenzen haben. Doch soll Danzig einige oder mehrere Delegierte zu solchen Konferenzen entsenden können und diesen Delegierten, die zwar nicht ein unabhängiges Stimmrecht haben, soll gestattet sein, an irgendwelchen Diskussionen wirtschaftlicher Natur, welche die Wohlfaht oder das Gedeihen der Freien Stadt betreffen, teilzunehmen. Diese Entscheidung soll nicht die Rechte des Rats des Völkerbundes oder der Versammlung des Völkerbundes beeinträchtigen, einen Delegierten der Regierung der Freien Stadt Danzig zu ernennen, an irgendwelchen besonderen internationalen Kongressen oder Versammlungen teilzunehmen und dort seine Stimme abzugeben für den Fall, dass sie so entscheiden. Die dieser Entscheidung beigegebenen Gründe werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die Tagesordnung der heutigen Volksstagsitzung enthält folgende Punkte: 1. Die Verbesserung der Bezüge von Sozialrentnern. 2. Die Erhöhung der Eisenbahnfrachten. 3. Abänderung des Gesetzes betr. die Unternehmung von Eisenbahnen. 4. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs zur Durchsicherung der Artikel 11-10 des Danzig-polnischen Abkommens (Eis- und Kohlenverkehr). 5. Die Pauschbeträge für die Druckkosten bei dem Oberverwaltungsamt. 6. Erste Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs betr. Zuckerbewirtschaftung für das Wirtschaftsjahr 1922/23. 7. Erste Beratung des sozial-

demokratischen Gesetzentwurfs betr. Kartoffelbewirtschaftung für das Wirtschaftsjahr 1922/23. 8. Erste Beratung eines kommunistischen Gesetzentwurfs betr. die Kartoffelversorgung. 9. Erste Beratung eines kommunistischen Gesetzentwurfs betr. Getreidebewirtschaftung. 10. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Schutz der Bevölkerung vor Fleischwucher.

Der englische Arleasnerat. Die bereits zum Besuch angekündigten britischen Arleasnerat werden hier getrennt eintreffen. Und zwar am 7. September: die kleinen Kreuzer „Delhi“, „Dragon“, „Dunedin“ und die Torpedoboote „Rampire“, „Venomous“, „Wolsey“ und „Woolston“. Am 8. September werden eintreffen: die kleinen Kreuzer „Danac“ und „Dauntless“, das Minireiserschiff „Maden“ und die Torpedoboote „Halorona“, „Wassittart“, „Kolumbe“ und „Whitshed“. Die Schiffe werden wahrscheinlich bis zum 18. im Hafen liegen bleiben.

Eine Sitzung der Stadtverordneten

findet am Dienstag, den 20., nachmittags 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen u. a.: Jahresbericht der Abgalken-Einkunft für Arbeiterwohnungen. Wahl von zwei Ersatzmitgliedern zum Ausschuss zur Befestigung der Mauerwerke für Wohnbauabgaben, Kanal- und Müllabfuhrgebühren, eines Bezirksvorstehers für den 88. Stadtbezirk. Ergänzung der Besoldungsordnung für die städt. Beamten usw. Erhöhung der Tarife städtischer Fährten und Pachtverhöhung der Kranfähre. Erhöhung der Stand- und Kellergelder in der städt. Markthalle und der Standgelde auf den Wochenmärkten. Erhöhung der Hundesteuer und der Schankkonzessionssteuer. Erlass einer Betriebseröffnungssteuerordnung. Erhöhung der Freilagerplatzgebühren am Kaiserhafen. Umbau des ehemaligen alten Gerichtgebäudes zwischen Markt, Rathaus und Elisabethkirchengasse. Erste Sitzung des Haushaltsplanes des Stadttheaters für 1922 in Verbindung mit den Senatsvorlagen betr. Änderung des Vertrages mit dem Stadttheater-Direktor und Bewilligung von Mitteln für bauliche Maßnahmen im Stadttheatergebäude. Anträge von Stadtverordneten betr. Straßenreinigung und Müllabfuhr. Antrag von Stadtverordneten betreffend Invalidenrentner. Anschließend geheime Sitzung.

Der Sprung in die Welt.

Diesen Titel führt der Roman von Arthur Jelder, mit dessen Abdruck wir heute beginnen. Der als Deutschnational und Satiriker in der Partei bestens bekannte Junge Dichter — unserer Lesern durch den teilweise Abdruck seiner Paulchen-Zeitgedichte bekannt — schildert darin den leicht bewegten Lebensgang eines jungen Weltbummlers. Seine humorvollen Schilderungen, teilweise sehr drastisch und freimütig gehalten, atmen einen frischen Geist und sind voll heilerer Lebensphilosophie. Wir sind sicher, dass unsere Leser und auch unsere Leserinnen manche lustige Stunde dabei verleihen werden.

Der Dollar

Hat heute mittag bei einem Stande von 2100 eine ansteigend etwas festere Tendenz. Er setzte früh mit dem gestern nachbräutlichen Wert von 2100 ein und stieg bis 2900 um dann unter Schwankungen wieder auf 2100 zurückzugehen.

Wie das Brot verteuert wird.

Bucher der Mühlen.

In das Treiben der Nahrungsmittelverleurer leuchtete eine Verhandlung, die gestern vor dem gemeinsamen Schlichtergericht stattfand. Der Mühlenbesitzer Emil Wendler in Kalchhof und der Müller Artur Schütz waren wegen gewerbmäßigen Wuchers angeklagt. Sie hatten als Maßlohn ein Bündel des Getreidegewichts für sich behalten und verlangten außerdem noch 8 Mk. Maßlohn für den Zentner Getreide. Die Angeklagten behaupteten, dass alle Müller diesen Gewinn nehmen und dass er angesichts der Geldentwertung angemessen sei! Der Innungsobermüller Kelsch in Herrnhagen erklärte, dass dieser Maßlohn noch zu billig sei. Die Säge seien nur die Mindestgrenze und die Müller könnten noch mehr verlangen. Ein Zollbeamter bekundete, dass er von einem Zentner Getreide nur 60 Pfund Mehl und 20 Pfund Kleie zurückhalten habe und noch 8 Mark Maßlohn zahlen musste. Der Volksstagsabgeordnete Säume bekundete als Zeuge, dass es ihm ebenso ergangen sei, wie dem Zollbeamten. Ein Bäckermüller sagte aus, dass er auch nur 80 Pfund zurückhalten habe. In den letzten Monaten jedoch habe er statt 20 Pfund 25 Pfund Kleie zurückgehalten, also zusammen 85 Pfund, bei einem Maßlohn von 8 Mk. für den Zentner Getreide. Er habe den Sach für berechtigt gehalten, da alle Mühlen diesen Maßlohn nehmen.

Ein Zeuge bekundete, dass er vor dem Kriege 60 Pfund Mehl und 25 Pfund Kleie von einem Zentner Getreide erhalten habe und einen erheblich geringeren Maßlohn zu zahlen brauchte. Der „Sachverständige“ Mühlenbesitzer Schefler gab sein Gutachten natürlich dahin ab, dass ein Bucher nicht vorliegt. Er selber arbeite zwar etwas billiger, aber er habe auch die billigere Wasserkraft der Madaune. Das Geld habe jetzt einen geringeren Wert. Auf Grund dieser Sachverständigenauskunft sprach das Gericht die Angeklagten frei, da kein Bucher vorliege! Der Gewinn sei angemessen! Eine Notlage habe nicht vorgelegen, da in einer Entfernung von 8 Kilometer eine andere Mühle vorhanden war.

Dieser Fall ist wiederum in mehr als einer Hinsicht lehrreich. Auch hier sieht man, dass das Gesetz gefordert werden muss, dass wirkliche und unparteiische Sachverständige gehört werden müssen, die mit ihrem wirtschaftlichen Interesse nicht auf Seiten der Angeklagten stehen. Ein wirklicher Sachverständiger hätte noch manches prüfen und sagen müssen. Dass der Müller lediglich für das Mahlen des Getreides den fünften Teil für sich behält und sich dann noch einen Maßlohn von 8 Mk. bezahlen lässt, ist sicher unberechtigt. Die Geldentwertung spricht hier wenig mit, weil der Müller ja in der Hauptsache nicht Geld, sondern einen Sachwert, nämlich das Getreide, für sich behält. Und dieses Getreide verkauft und verwertet er dann zu dem vollen Bucherpreis des freien Handels. Diesen Wert müsste der Sachverständige berechnen und dann vergleichen, um wieviel diese Zahl höher ist als diejenige der Vorkriegszeit. Merkwürdig ist auch der Hinweis des Gerichtes, dass keine

Notlage vorliege, da in der Nähe eine andere Mühle vorhanden gewesen sei. Danach kann also jeder noch Dergewinn wuchern, wenn er sich nur in trauriger Nachbarschaft befindet. Eine Notlage für die Bevölkerung lag jedoch auch insofern vor, als ja alle Mühlen den Zentner Getreide gewinnen. Wesentlich läßt die Entscheidung diese unberechtigte Entschädigung des Zentnergetreides nicht stehen, sondern legt Berufung ein, um die Sache endgültig zum Austrag zu bringen.

Das Brot

Ist in den letzten Tagen fast allgemein von einer klüftigen Verschaffenheit, die dem Genuss und der Gesundheit nicht förderlich ist. Angeblich soll die Ursache in der neuen zu stark ausgereiften und verwässerten Ernte zu suchen sein. Hoffentlich gelingt es dem Erntebewahrer und der Kunst unserer Bäcker, diesem unerträglichen Mangelzustand recht bald abzuwehren.

Polische Verhandlungen mit Danzig. Die Warschauer Zeitung „Kurier Poranny“ wendet sich an das polnische Justizministerium, weil die polnischen Bürger im Gebiete der Freien Stadt Danzig angeblich Gefahren rechtlicher Art ausgesetzt seien. Das Justizministerium antwortete darauf, dass ihm die Moralität der Handlungsweise der Danziger Justizbehörden den Polen gegenüber bekannt sei und dass das Ministerium bereits Material gesammelt habe, um Verhandlungen anzuknüpfen zwecks Befestigung dieser Unrechtthaten. Die Verhandlungen sollen spätestens im Oktober stattfinden und die Fragen der Ausführung der gerichtlichen und nichtgerichtlichen Zivilsachen auf beiden Gebieten behandeln.

Verdoppelung der Schankkonzessionssteuer. Für einen Senats-Entwurf wird die Erhöhung der bisherigen Konzessionssteuer um das Doppelte beantragt mit Rücksicht auf die starke Geldentwertung der letzten Zeit und auf den sehr erheblichen Geldbedarf der Stadt Danzig. Außerdem sollen nunmehr auch der Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus in verschlossenen Flaschen zur Steuer herangezogen werden, da die Kolonialwarenhandlungen mit den Volk- und Schankwirtschaften stark in Konkurrenz treten, ohne bisher eine Schankkonzessionssteuer entrichtet zu haben.

Prof. Karl Fuchs. Der langjährige Musikkritiker der „Danziger Zeitung“ Professor Karl Fuchs, der auch als ausübender Musiker und Musikpädagoge weit über die Grenzen Danzigs hinaus bekannt war, ist gestern im Alter von 84 Jahren plötzlich verstorben.

Strafverfolgung eines Abgeordneten. Der Rechtsauschuss beantragt, der Volkstag wolle die Genehmigung zur Strafverfolgung des unabhängigen Abgeordneten Ueberjohn erteilen.

Eine Zuerbstandsanfrage ist vom Senat, wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, angeordnet worden.

Aufgabe des Hafens in Gdingen? „Gazeta Gdanska“ will aus glaubwürdiger Quelle erfahren haben, dass die Hafenarbeiten in Gdingen plötzlich abgebrochen werden. Man habe bereits den Arbeitern die Arbeit aufgesagt. Der Grund sei Geldmangel. Das Blatt schildert gleichzeitig den augenblicklichen Zustand auch des Helzer Hafens so bedrohlich, dass, wenn der Umbau noch für einige Zeit verschoben werden sollte, der ganze Hafen vollständig vernichtet würde und neu aufgebaut werden müsste.

Die Stände und Kellergelder in der städtischen Markthalle sowie die Standgelde auf den Wochenmärkten sollen nach einer der Stadtverordnetenversammlung zugegangenen Vorlage des Senats erhöht werden, um die Ausgaben mit den Einnahmen im Rechnungsjahr 1922 im Gleichgewicht zu halten.

Drei Räder vom Vitterzug überfahren. Am Strohdächer Güterbahnhof sind drei Mächtige, die sich von der Weide entfernt hatten und dabei auf den Bahndamm geraten waren, von einem Vitterzuge überfahren und getötet worden. Die Räder gehörten einem Besitzer auf Sandweg.

Bereitete Kaffeegeschäfte. Beamten der Schusspolizei gelang es, drei Männer der Besatzung des Dampfers „Sufanna“ zu fassen, als sie nachts das Schiff mit 25 Kilogramm Kaffeebohnen verlassen wollten. Als Abnehmer des Kaffees konnte der Bohrer W. A. ermittelt werden. Eine bei A. vorgenommene Hausdurchsuchung brachte noch 60 Kilogramm Kaffeebohnen und 85 Küchenmesser im Gesamtwert von 28 500 Mk. zu Tage. Sämtliche Täter wurden dem Volksgesängnis angeführt.

Polizeibericht vom 25. August. Festgenommen 27 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Puffschlagung, 1 wegen Sittlichkeitsvergehen, 1 wegen Trunkenheit und Sachbeschädigung, 2 wegen Uebertretung, 1 zur Festnahme aufgegeben, 18 in Polizeihaft, 1 obdachlose Person.

Ohra. Auf Preiserhöhungen kann gewartet werden! Bei dem Kaufmann Soppentath kostete ein Pfund Zucker in den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages 40 Mark. Um 10 Uhr wurden für denselben Zucker schon 44 Mark verlangt. Eine Stunde später, um 11 Uhr, war der Zuckerpreis schon auf 57 Mark gestiegen. Welchen Preis er bis zur Abendstunde erreicht hatte, läßt sich leider nicht feststellen. — Gibt es gegen solche Preissteigerungen kein Wuchergericht?

Oliva. Verteilung von Kohlen. Auf Marke 14 der Brennstoffkarte kommt, soweit Vorrat, bei den Kohlenhändlern Fierke und Krause ein Zentner Kohlen zum Verkauf.

Standesamt vom 25. August 1922.

Todesfälle. E. b. Postausbehalter Joseph Theuß, 11 Wochen. — Witwe Pauline Wahl geb. Störmer, 78 J. — Witwe Mathilde Glanert geb. Klebbach, 78 J. 10 Mon. — Schloßergeselle Karl Biehe, 68 J. 1 Mon. — Arch. Heinrich Maacke, 49 J. 1 Mon. — Kaufmann Paul Berke, 26 J. 3 Mon. — Arch. Max Katschubinski, 22 J. 3 Mon. — Witwe Franziska Lubnert geb. Matheon, 26 J. 5 Mon. — Frau Emma Sawczinski geb. Rosnan, 78 J. 2 Mon. — E. b. Arch. Der Brillowski, 2 Mon. — Ungebet. 1 S.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: 25, — am Vortage 19,50
Amer. Dollar: 2100, — am Vortage 1850
Englisches Pfund: 22, — am Vortage 19,00

Die Schwebewagen der Anstaltsgelassenen und Musiker
 für Beend. Die gestellten Forderungen sind bewilligt. Vor-
 führer erhalten 2000 und 1000 Mk. wöchentlich. Musiker 100
 Mark wöchentlich. Die Löhne vom 1. August für alle anderen
 Angestellten werden um 10 Prozent erhöht. Mit einigen
 kleineren Betrieben wurden abgemilderte Abmachungen ge-
 troffen. Die Vereinbarungen gelten ab 1. August. Vom
 1. September ab gehen ständige Volkskommissionen die Löhne
 täglich neu fest. Es ergibt sich daraus erneut, was vorher
 unklar war, dass die Löhne nicht sinken werden.

Neue städtische Büroräume sollen dadurch beschaffen
 werden, daß der Stadtmelnde Tausch geborgene ebe-
 malige alle Verhältnisse, gelegen zwischen dem Altkath.
 Rathaus und dem Grundstück Elisabethenstraße Nr. 2,
 aufgestockt wird und darin Umbauten vorgenommen werden.
 Die Kosten betragen 2 1/2 Millionen Mark. Abgesehen hat sich
 herausgestellt, daß die städtischen und städtischen Verwaltun-
 gen mit den zur Verfügung stehenden Büroräumen nicht
 ausreichen und daß es im Interesse von Zeit- und im Inter-
 esse von Beamten-Ordnung praktisch erscheint, die archi-
 tect. Verwaltungen möglichst zu konzentrieren.

Schiffszulammenstoß im Hafen. Vor dem Seemag wurde
 über einen Schiffszulammenstoß im Hafen am Kaiserbau
 verhandelt. Der norwegische Dampfer „Dantor“ wurde von
 dem Schlepddampfer „Derta“ vom Kaiserbau nach Weichsel-
 münde hin geschleppt. „Dantor“ wurde vom Schlepddampfer
 „Derta“ gestößt. Beim Wenden wurde der Schlepddampfer
 derart an „Dantor“ herangedrückt, daß dem achteren
 Dampfer eine eiserne Platte eingedrückt wurde. Der Staats-
 Kommissar Irigattentkapitän Grapow gab sein Gutachten
 dahin ab, daß der Unfall dadurch entstanden ist, daß „Dantor“
 noch Fahrt voraus hatte. Den Vollen und den Kapitän der
 „Derta“ trifft dabei kein Verschulden. Es wäre jedoch rich-
 tiger gewesen, den Dampfer gleich am Vierenplatz zu wenden.
 Der Spruch des Seemag ging dahin: Die Schiffsführung
 trifft keine Schuld. Der Vollen konnte nicht wissen, wie schnell
 die Maschine das Kommando ausführen würde.

Die Feuerherstellenden Verhältnisse im Stadttheater
 sollen den Forderungen der Branddirektion entsprechend
 möglichst verbessert werden. Die Feuerherstellend, Trennung
 zwischen Bühne und Zuschauerraum einerseits sowie zwi-
 schen Bühne und dem nach der St. Westgasse zu gelegenen

Garderober- und Requisiteuraum andererseits, wird von der
 Branddirektion beantragt. Die vorhandenen feuerherstellenden
 Türen entsprechen nicht ganz den Anforderungen. Die nach
 den gemachten Erfahrungen an derartige Türen achtecht wer-
 den müssen. Diese Türen sollen so hergerichtet werden, daß
 sie auch einem härteren Feuer eine Zeitlang Widerstand
 leisten und so die schnelle Ausbreitung eines Brandes ver-
 hindern können. Die Kosten hierfür betragen nach dem Vor-
 anschlag der Stadtbaumeisterung 15 000 Mk. und werden von
 der nächsten Finanzverwaltungsbudgetsammlung angedeutet.

Kleine Nachrichten.

Neues Zeitungsverbot. Der Oberpräsident der Provinz
 Hannover hat das Erscheinen des „Hollinger Nachrichten“
 auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die
 Dauer von zwei Wochen verboten.

Die Verhandlung über den Rathenau-Word. Der Staats-
 gerichtshof hat beschlossen, daß die Hauptverhandlung gegen
 die Rathenau-Wordverschwörer in Weimar stattfinden soll.
 Die im Weimarer Untersuchungsgefängnis liegenden An-
 geklagten werden Anfang September nach Weimar überführt.
 Der Prozeß wird jedenfalls noch im September beginnen.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik beendet. Aus
 Kansas City wird gemeldet: Der Bergarbeiterverband
 und die Arbeitgeber haben ein Abkommen geschlossen,
 auf Grund dessen die Kohlenförderung in den Bergwer-
 ken von Missouri, Kansas, Arkansas und Oklahoma
 unverzüglich wieder aufgenommen wird. Auch der
 Konflikt im Bergwerksgebiet von Pennsylvania ist
 beendet; die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen.
 Die Arbeiter erhalten die gleichen Löhne wie vor dem
 Streik. Dieses Ergebnis bedeutet einen Sieg der Ar-
 beiter, da die Bergwerkskapitalisten eine Herabsetzung
 der Löhne anstrebten.

Sehung russischer Schiffe. Die Zentralver-
 waltung der russischen Seeschifffahrt fordert Interessenten
 auf, die Sehung und Reparatur gesunkener russischer See-
 schiffe zu übernehmen. Als Entschädigung für die Arbeiten
 wird die Inpachtgabe der gehobenen Schiffe angeboten.

Erklärung China. Menter meldet aus Peking
 nach einem dort eingetroffenen Bericht aus Peking
 habe die chinesische Regierung mitgeteilt: General
 Yuan Shun sei bereit, von der Präsidentschaft zugun-
 sten Sun Yat-sen zurückzutreten, falls das Parlament
 seine Zustimmung erteilt.

Der Pflanz als Gewerkschafter! Im Anhalter Kohlen-
 bergbau steht es an auf eingetretene Arbeitskräfte. Aus
 diesem Grunde hat man schon Studierende des hiesigen
 Polytechnikums zur Arbeit herangezogen. Seit einiger Zeit
 ist auch der Pflanz der Gemeinde Gdderitz, Hofmann, als
 Bergarbeiter im Schacht der Grube tätig. Mit den Berg-
 arbeiter vertritt sich Pflanz Hofmann, wie die sozialdemo-
 kratische „Volksmacht“ in Verubura mitteilt, auszeichnet.
 Ist er doch gleich dem Bergarbeiterverbande beizutreten.

BORG

 für
QUALITÄT RAUCHER

Wasserstandsrichten am 25. August 1922.

Zamischost	23.8	24.8	Kurzbrack	+1.03	+0.98
	+1.05	+	Monlauerpöhe	+0.52	+0.48
Warschau	23.8	24.8	Dielch	+0.40	+0.46
	+0.82	+	Dielchau	+0.65	+0.60
Plock	23.8	24.8	Einlage	+2.28	+2.18
	+0.73	+	Schlewenhorst	+2.50	+2.46
Thorn	24.8	25.8	Yogat:		
	+0.37	+	Schöna D. P.	+6.33	+6.34
Forbon	+0.52	+	Walgenberg D. P.	+4.60	+4.62
Culm	+0.48	+	Neuhorsterbusch	+2.22	+2.04
Braunau	+0.66	+	Nachsch.		

Verantwortlich für Politik Ernst Koops, Danzig;
 für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz
 Weber, Danzig; Inserate Anton Finken, Danzig.
 Druck von F. Gehl u. Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Zuckerbestandsaufnahme.
 Auf Grund der Verordnungen vom 22. Mai
 1916 (R.G.B.I. S. 401) und vom 18. August
 1917 (R.G.B.I. S. 823) zur Sicherung der
 Volksernährung wird folgendes angeordnet:
 § 1.
 Bis zum 29. August 1922, mittags
 12 Uhr, haben sämtliche Personen und Firmen,
 also alle Fabrikanten, Händler, Gewerbe-
 treibende, Privatpersonen usw., welche am
 25. August mehr als drei Zentner Zucker im
 Besitz oder Gewahrsam haben oder hatten, den
 Gesamtbetrag des Zuckers, getrennt nach Roh-
 und raffiniertem Zucker und getrennt nach
 a) Inlandszucker,
 b) Zucker aus Polen,
 c) Zucker aus dem übrigen Ausland,
 dem Senat, Abteilung für Handel und Gewerbe
 unter Angabe des Einkaufspreises schriftlich
 anzugeben.
 § 2.
 Wer vorsätzlich die Anzeige nicht rechtzeitig
 erstattet oder wesentlich unrichtige oder un-
 vollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis
 bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu
 100 000 Mark bestraft.
 Vorräte, die nicht angezeigt, können zugunsten
 der Freien Stadt Danzig für verfallen erklärt
 werden.
 Wer die in Absatz 1 erwähnte Handlung aus
 Fahrlässigkeit begeht, wird mit Geldstrafe bis zu
 30 000 Mark oder im Unvermögensfalle mit
 Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.
 § 3.
 Diese Verordnung tritt am 25. August 1922
 in Kraft.
 Danzig, den 25. August 1922.
 Der Senat, Abt. für Handel und Gewerbe.
 Dr. Ziehm. Jewelowski.

Verdingung.
 Der Betonzaun des Sportplatzes am Klein-
 bahnhof soll in öffentlicher Verdingung vergeben
 werden.
 Termin am 2. September 1922.
 Die Bedingungen sind im Rathaus Lang-
 gasse, Zimmer 52 erhältlich. 7105
 Siedlungsamt Danzig.

Ganz Danzig
 spricht heute schon von dem am 1. September
 beginnenden
Sensations-Gastspiel von
Sylvester Schäffer
im Wilhelm-Theater.
 Nach achtjährigen Triumpfen in Amerika
erstes Wiederauftreten in Danzig.
 Dazu ein phänomenales
Weltstadt-Programm!

Sämtl. Drucksachen
 in geschmackvoller Ausführung liefert in
 kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
 Danzig, Am Spennhaus 6, Telephon 3290

Odeon Eden
 Dominikswall Licht Holzmarkt
 Das bestgewählte neue
Prachtprogramm!
Der Raub der
Dollarprinzessin!
 Eine Sensations-Ausstattungs-Komödie in
 6 Akten.
 In den Hauptrollen:
 Charles Willy Kayser Helga Molander
 Inge von Meer Ernst Rückert
 Lotte Loring Ernst Schrumpl.
 Ein groß angelegtes Ausstattungsbild in
 erstklassigem, szenischen Rahmen, das bis
 zum Schluß dem Publikum die gesuchte
 Unterhaltung bietet.
 Ferner: **Der große Sittenfilm**
Die Beichte einer Krankenidweller
 Großes Schauspiel in 6 Akten.
 Hauptdarsteller:
 Ruth Weyher — Eduard Rothauer.
 Des zu erwartenden Andranges wegen
 bitten wir um den Besuch der 4-Uhr-
 Nachmittagsvorstellungen. 7130

Jüngere Kontoristin
 i. Stenographie u. Schreib-
 maschine gesucht. Gute
 Handschrift. Angeb. unt.
 E. 588 an die Exped. der
 Volksstimme. (†)

Anst. Frau
oder Mädchen
 für die Nachmittagsstund.
 gesucht. Böttcherstraße 3,
 1 Tr. bei Schnell. (†)

Handnähterin
 in der Maßschneiderei be-
 wandert, kann sich melden.
 Angeb. unt. E. 593 an die
 Exped. d. Volksstimme. (†)

Junge Dame
 für Kontor und Lager ge-
 sucht. Angeb. unt. E. 595 a.
 d. Exped. d. Volksstimme. (†)

Waschfrau
 kann sich melden. Wo
 sagt die Exp. der Volks-
 stimme. (†)

Hausmädchen
 mit guten Zeugnissen sofort
 gesucht. Ang. unt. E. 596 a.
 d. Exped. d. Volksstimme. (†)

Zimmerpolier
 in allen Arbeiten erfahren,
 sucht Stellung in größerem
 Bausehäft. Angeb. unt.
 V. 619 an die Exped. der
 Volksstimme. (†)

Junger Mann
 sucht Vertrauensstell. oder
 Filiale zu übernehmen.
 Angebote unter E. 625
 an die Expedition der
 Volksstimme. (†)

Mett. Kaufmann
 sucht Stelle als Kassens-
 bote, Lagerverwalter oder
 sonstig. Vertrauensposten.
 Angebote unter E. 624 an
 die Exped. d. Volksst. (†)

Junger Kaufmann,
 mehrere Nachmittage frei,
 sucht Nebenberw. Ang.
 unter E. 628 a. d. Exped.
 der Volksstimme. (†)

Anständig. Mann
 sucht Beschäftigung
 gleich welcher Art. Angeb.
 unter V. 587 a. die Exped.
 der Volksstimme. (†)

Junge Frau, gewandt
 in Stenograph. u. Schreib-
 maschine
 sucht Nebenberw. Ang.
 unter V. 628 an d. Exped.
 der Volksstimme. (†)

Sandwerker
 sucht zum 1. 9. einfaches
 möbl. Zimmer. Angebote
 mit Preis unter V. 604
 a. d. Exp. Volksstimme. (†)

Große Pferde-Rennen bei
Danzig-Zoppot

am Sonntag, d. 27. August und Sonntag, d. 3. Septbr.
 Beginn 2 Uhr und Ablauf 2 1/2 Uhr

Gesamtsumme der Preise: **Mark 363 500.—**
 14 Ehrenpreise, 248 Rennungen

Preis vom Freistaat . . . Mk. 40 000.—
 Großer Preis v. Zoppot . . . 60 000.—
 Feldmarschall-Jagdrennen . . . 44 000.—

Danziger Reiter-Berein. 7100

Gedania-Theater
 Schüsselbaum 53/55 7069

Achtung! Ab heute! Nur 4 Tage!
Der sehenswerte Spielplan!
 Der große amerikanische Sensations-Film!
„Der glühende Kristall“
 (Goliath Armstrong II. Teil)
 V. Episode: „Das Gespenst der Wüste“
 in 6 großen, äußerst spannenden Akten
 in der Hauptrolle: **Elmo Lincoln**
„Eine Minute vor zwölf“
 Ein Großstadt-Abenteuer in 5 Akten
 Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr

Danziger Schuhfabrik
 Altestädtischer Graben 52, am Fischmarkt
 Arbeitsschuhe, Sandalen, Straßenschuhe
 Reparaturen 6944
Kauft in der Fabrik

Gute Mandoline
 fast neu, billig zu verkaufen.
 Schilling, 2b, 4 r. (†)

Französl. Billard
 eiche, mit allem Zubehör u.
 Eisenbestände zu verkaufen.
 Offert. mit Preis unt. V. 620
 a. d. Exp. d. Volksstimme (†)

1 Bettgestell
 zu verkauf. Kleine Gasse 1,
 Hof 1. Tür. (†)

Nähmaschine
 fast neu (Zimmermann)
 zu verkaufen. Wo sagt
 Exp. der Volksstimme. (†)

Rundstrickmaschine
 zu verkaufen. Angebote
 unter V. 578 an die Exp.
 der Volksstimme. (†)

Zirka 100 Stück
 neue verzinkte
Kohlenkästen
 zu verkauf. Anelpab 37 b
 bei Kilmg. (7107)

4 Bd. Dr. Bilz'sches
Heilverfahren zu verkf.
 Derschau, Schildth,
 Oberstraße 86/87. (†)

Neuer eif. Ofen
 mit Kochringen zu ver-
 kaufen. Wo sagt die Exp.
 der Volksstimme. (†)

Kleiderschrank,
Bettsofa, Sofa,
Küchenschrank
 zu kauf. gel. Ang. u. E. 607 an
 die Exped. d. Volksst. (†)

Hobelbänke u.
Tischlerhand-
werkzeug,
 neu oder gebraucht, zu
 kaufen gesucht. (7109)

L. Lankoff,
 III. Damm Nr. 7, 8.
 Tel. 39 u. 3130.

Hobelbank
 zu kaufen gesucht. Offert.
 unter E. 583 an die Exped.
 der Volksstimme erb. (†)

Alle Nähmaschine
 oder Untergetell z. kauf
 gel. Ang. u. E. 610 an
 die Exped. d. Volksst. (†)

Zahle bis 8000 M
 für Nähmaschinen. Offert.
 unt. V. 577 an die Exped.
 der Volksstimme. (7095)

Borzieh-Gardinen
 zu kaufen gesucht. Ang.
 mit Preis unter E. 611
 an die Expedition der
 Volksstimme. (†)

Sofa, Küchenschrank u.
Kommode zu kaufen ge-
sucht. Angebote unter E.
 609 an die Expedition d.
 Volksstimm. (†)

Ersten Zimmer-
gesellen
 mit allen Arbeiten ver-
 traut, stellt sofort eig.
 Angebote unter E. 591 an
 die Expedition der Volks-
 stimme. (†)

Weißzeugnähterin
 fürs Haus gesucht. Ang.
 unter E. 597 an die Exp.
 der Volksstimme. (7095)

Möbl. Vorder-
zimmer
 mit bef. Eingang zu ver-
 mieten. Angebote unter
 E. 580 an die Exp. der
 Volksstimme (†)

Zimmer auch tageweise
 zu vermieten. Angebote
 unter E. 588 an die Exp.
 der Volksstimme. (†)

Bass. f. Handwerker
 Tausche meine neu renov
Wohnung, 2 Zimm. 1. Etg.
 Rammbau gegen größere.
 Off. unt. V. 576 a. d. Exped.
 der Volksstimme. (7094)

Helle Stube u. Küche,
groß. Boden geg. 1 Stube,
Kabinett und Küche oder
2 Zimmer zu tauschen ge-
sucht, evtl. auch Schilbly
 Off. unt. V. 574 a. d. Exped
 der Volksstimme. (7092)

1 od. 2 leere Zimm.
 mit auch ohne Küchenb.
 von gleich oder später ge-
 sucht. Ang. unter V. 599
 an die Exp. der Volks-
 stimme (†)

Beamter sucht möbliertes
Zimmer. Angebote unter
 E. 614 an die Exp. der
 Volksstimme. (†)

Junger Mann sucht ein-
fach möbl. Zimmer zu
mieten. Angebote unter
 E. 590 an die Exp. der
 Volksstimme. (†)

Junger Mädchen, berufs-
tätig, sucht
saubere Schlafstelle
 oder als Mitbewohnerin
 zum 15. September d. J.
 unter V. 575 an die Exped.
 der Volksstimme. (†)

Leeres Zimmer
 im Stadtm. zu mieten
 gesucht. Ang. unt. E. 582 a.
 d. Exp. d. Volksstimme. (†)

Armband-Uhr
gefunden!
 Wegen Belohnung zwischen
 5 u. 7 Uhr abds. abzuholen.
A. Sielaff, (†)
 Burggrafentstraße 6a pl.

Großer Tennisschläger
 zu tauschen gegen Decken
 oder gebraucht. Leppich.
 Offert. unt. V. 627 an die
 Exped. d. Volksstimme. (†)

Kl. Fuhren,
Umzüge macht
 Ratergasse 21, 2 Tr. (†)

Berlangen Sie die
„Volksstimme“
 in den Kassen!